



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

PUTINS RUSSLAND – POLITIK UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

| | |
|---|----|
| ■ VON DER REDAKTION | |
| На дачу – in die Sommerpause | 2 |
| ■ ANALYSE | |
| Entwickelter Putinismus: Wandel ohne Entwicklung | 2 |
| Richard Sakwa, Canterbury | |
| ■ ANALYSE | |
| Wirtschaftswachstum und Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung in Russland | 6 |
| Richard Connolly, Birmingham | |
| ■ UMFRAGE | |
| Russische Befindlichkeiten | |
| Politische und soziale Stimmungen in Umfragen | 10 |
| Russlands Zukunft in den Augen seiner Bürger | 10 |
| Die »Sonntagsfrage« | 12 |
| Das Verhältnis zu den Migranten | 13 |
| Religion und »nichttraditionelle sexuelle Orientierung«: | |
| Ansichten über die neuen konservativen Gesetze | 16 |
| Die öffentliche Meinung über Chodorkowskij | 17 |
| Besonderheiten der Ansichten in der Mittelschicht: Gerichte, Wehrdienst und Leben im »Westen« | 19 |
| ■ NOTIZEN AUS MOSKAU | |
| »Putin kaputt?!« – ein Buch von Mischa Gabowitsch | 21 |
| Jens Siegert, Moskau | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 29. Juni bis zum 11. Juli 2013 | 24 |



VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 262 – erscheint voraussichtlich am 12. September 2013. Geplant sind u. a. Ausgaben zu den Regionalwahlen am 8. September, zur Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie zu den Fragen *Offshore* und *Deoffshorisazija*. Vorgeesehen ist auch eine Analyse der Volkszählungsdaten über die ethnische Zusammensetzung der russischen Bevölkerung. Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Redaktion der Russland-Analysen
Christoph Laug, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Entwickelter Putinismus: Wandel ohne Entwicklung

Richard Sakwa, Canterbury

Zusammenfassung

Anpassungsfähigkeit ist eines der Schlüsselmerkmale des Putinismus – sie beruht zum Teil auf der Sensibilität für die Machtbalance zwischen den verschiedenen Gruppierungen. Aus dieser Stärke ist nun Schwäche geworden, da der Wandel innerhalb des Systems mit erheblichen Spannungen verbunden ist, sowohl in der politischen Reichweite, als auch in der gesellschaftlichen Tiefe. Die Grenzen des Entwicklungspotentials sind jetzt offensichtlich geworden – durch die zunehmende Unfähigkeit, auf neue Herausforderungen kreativ und fortschrittlich zu reagieren.

Weder schwarz oder weiß, sondern grau

Putins Führung steht weiterhin im Mittelpunkt einer intensiven und polarisierten Debatte. Für viele bleibt er Russlands Retter. Er hat über Jahre noch nie dagewesenen Wirtschaftswachstums an der Spitze des Landes gestanden und sogar die Wirtschaftskrise von Ende 2008 durch makroökonomisches Management aus dem Lehrbuch und mit relativ geringem Schaden überstanden. Verbesserungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik, begleitet durch Familienförderung, haben die vorhergesagte demographische Krise abgemildert. In der internationalen Politik wird Putin als jemand gesehen, der Russlands Status als unabhängiger Akteur wiederhergestellt und seine Interessen verteidigt hat, ohne als Ausgestoßener in eine Ecke gedrängt worden zu sein. Nach einer Kette totgeborener Integrationsanstrengungen in Russlands Nachbarschaft stellen sich die Schritte zur Schaffung einer Eurasischen Union bis 2015 endlich wie ein realisierbares übernationales Projekt dar. Russland hat sich mit China zur Verteidigung der traditionellen Postulate von staatlicher Souveränität und Nichteinmischung verbündet und es dabei zu vermeiden versucht, in dieser zunehmend ungleichen Beziehung zum Juniorpartner zu werden.

Putins Kritiker sind da ganz anderer Ansicht. Die Unversöhnlichen unter seinen Gegnern sehen in ihm jemanden, der von Anfang an die russische Demokratie bewusst Schritt für Schritt liquidiert hat. Er habe dabei lediglich die Form gewahrt und gleichzeitig im politischen Leben den Wettbewerb, die Dynamik und den Pluralismus vernichtet, die eine große Nation verdient hätte. Wirtschaftswachstum und steigende Lebensstandard, abnehmende Armut und nationale Integration würden, so die Interpretation, mit den überraschend sprudelnden Energierenten erkaufte, um Bevölkerung und Opponenten ruhig zu stellen. Diese Renten sorgten dafür, dass korrupte Eliten sich selbst bedienen und ihre Machtposition konsolidieren, während sie die Sprache und Formen der Demokratie nutzten, um abweichende Meinungen und pluralistischen Streit zu unterdrücken. Die Wahlfälschungen hätten das Regime den letzten Rest seiner Legitimität gekostet. Die Chimäre einer post-sowjetischen Integration sei kaum mehr als ein Versuch, von den sehr realen Herausforderungen abzulenken, die langfristig die Lebensfähigkeit einer rohstoffbasierten und kaum diversifizierten Volkswirtschaft gefährden. Antiwestliche Rhetorik diene als Ersatz für ein tatsächlich vorwärtsgewandtes Programm, und Russlands

Unverfrorenheit auf der außenpolitischen Bühne stelle nicht die Verteidigung traditioneller Normen der internationalen Politik dar, sondern reflektiere die Eigeninteressen einer illegitimen herrschenden Klasse. Aus dieser Sicht entspricht also die autoritäre Konsolidierung im Innern einer aggressiven und kontraproduktiven Außenpolitik.

Keine diese Ansichten werden der komplexen Realität gerecht. Putin hat es vermocht, auf eine Reihe für Russland sehr realer Herausforderungen auf relativ kompetente und kohärente Art zu reagieren. Jene Kritiker, die dem Regime vorwerfen, dass es die Grundzüge einer effizienten Regierungsführung vermissen lasse, liegen falsch. Selbst die verschiedenen anstehenden Megaprojekte, angefangen bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi bis zur Fußballweltmeisterschaft 2018, sind, so verschwenderisch auch mit den Geldern für den Bau umgegangen wird, etwas, worauf das Land stolz sein kann. Es gibt kein schwarz oder weiß bei einem Regierungssystem, das in den Strudeln politischer Konflikte darüber steckt, welches der passende Entwicklungspfad Russlands, die Stellung des Landes in Eurasien sowie auf den Energiemärkten sein sollte, und welchen Platz Russland generell in einer Welt einnehmen soll, die zwischen konkurrierenden geopolitischen Blöcken und geschwächten internationalen Institutionen (vor allem im System der UNO) gefangen ist. Die Anpassungsfähigkeit des Regimes und seine Fähigkeit, auf einigermaßen effiziente Weise und zu angemessenen Kosten öffentliche Güter bereitzustellen, nehmen jedoch ab, und das Land ist zunehmend in einem Stillstand gefangen.

Die Phasen des Putinismus

Putin bleibt die dominierende politische Figur in Russland, und es wäre verfehlt, von einem »Putinismus ohne Putin« zu sprechen. Allerdings sind weder das Land noch sein Präsident die alten geblieben. Wenn es auch grundsätzliche Kontinuitäten in Putins Führungsstil gibt, lassen sich vier Phasen seiner Herrschaft ausmachen, die mit den klassischen Lebenszyklen von Führungspolitik zusammenfallen.

Die erste Phase stand im Zeichen einer Sanierungspolitik. Im März 2000 gewann Putin klar den Urnengang bei den Präsidentschaftswahlen, nachdem im Dezember bei den Dumawahlen ein heftiger Wahlkampf vorausgegangen war, und er machte sich umgehend ans Werk, in Russland seine Version von Sanierungspolitik umzusetzen. Putin vermied es zwar, Jelzin persönlich anzugreifen, doch gründete seine Politik auf der Vorstellung, dass in den 1990er Jahren der Russische Staat seine Fähigkeit verloren habe, die Geschicke des Landes zu lenken, dass die Wirtschaft einen Nieder-

gang erlebt habe, und dass mächtige Partikularinteressen entstanden waren, die die Regierungsführung insgesamt bedrohten. Das Jahrzehnt wurde als eine neue »Zeit der Wirren« dargestellt, deren Überwindung die höchste Konzentration der Kräfte erfordere. Die schlummernden Mächte des Russischen Staates, die in den 1990er Jahren im Schatten der mächtigen Oligarchen und Gouverneure gestanden hatten, wurden nun reaktiviert. Zum einzigen tatsächlichen Träger dieser Macht wurden jedoch nicht die neuen Kräfte, die durch Russlands kapitalistische Revolution freigesetzt wurden, etwa liberale politische Parteien, eine unabhängige Unternehmerklasse oder eine aktive Zivilgesellschaft, die die Kräfte demokratischer Modernität repräsentieren, sondern ein Substrat des Sowjetsystems, das 1991 noch mit Pauken und Trompeten gestürzt worden war: die riesige Bürokratie und der ebenso riesige Sicherheitsapparat (bekannt unter der Bezeichnung »silowiki«). In Bezug auf die erstere war das Putinsche System durch den Kontrast zwischen den erklärten Zielen der Regierung und den Mitteln geprägt, mit denen diese Erwartungen umgesetzt wurden.

Der Schlag gegen den Ölkonzern Jukos und die Verhaftung seines Chefs Michail Chodorkowskij am 25. Oktober 2003 markiert den Wendepunkt, der die zweite Phase Putinscher Politik einleitete, in der das Regime die politischen Spielräume einschränkte und sich auf diese Weise konsolidierte. Zwei Logiken von Modernität stießen hier aufeinander. Chodorkowskij wurde zunehmend als Repräsentant eines liberaleren und offeneren Stils in Politik und Unternehmensführung gesehen. Die Schaffung und Entwicklung von Jukos in den 1990er Jahren war zwar von den für diese Zeit typischen Mängeln und drastischen Praktiken begleitet gewesen, doch wurde der Konzern in den frühen 2000er Jahren umgewandelt und stellte sich als das moderne Unternehmen dar, das Russland brauche, um sich zu einer entwickelten und diversifizierten Volkswirtschaft wandeln. Unglücklicherweise entwickelte sich dieses Programm zu einer Art Kreuzzug, der wieder als Bedrohung für die Vormacht des Staates wahrgenommen wurde. Die Antwort der Etatisten und »silowiki« ließ nicht lang auf sich warten. Das Regime zerstörte nicht nur einen politischen Opponenten, sondern auch den Ölkonzern.

Zunehmend wurde eine Kluft zwischen Regime und Staat sichtbar. Der Unterschied zwischen den beiden Flügeln des »Doppelstaates«, dem administrativen Regime und dem verfassungsmäßigen Staat, die bereits in den Jahren unter Jelzin erkennbar gewesen war, nahm zu. Zu oft baute Putin, wenn er von der Stärkung des Staates sprach, in Wirklichkeit nur die Vormachtstellung des Regimes aus. Anstelle einer Konsolidierung

der Rechtsstaatlichkeit und der Autorität der von der Verfassung vorgesehenen Institutionen (etwa des Parlaments) sowie der formellen Verfahren moderner Regierungsführung gewann ein administratives Vorgehen die Oberhand. Putin hat nie den formalen Rahmen der Verfassung negiert; und in der Tat besteht der Kern seiner politischen Identität darin, dass er der Verfassung dient. Der Bewegungsspielraum – der in allen politischen Systemen besteht – ist jedoch außerordentlich angewachsen. Das machte es möglich, das Rechtssystem der politischen Macht unterzuordnen und in bestimmten Fällen – wie beim Vorgehen gegen Jukos – die Unabhängigkeit der Gerichte und die Rechtsstaatlichkeit insgesamt zu unterminieren. Diese beiden Phasen können wir als »klassischen Putinismus« bezeichnen, bei dem die historische Entwicklung des Systems noch offen war.

In der dritten Phase von 2008 bis 2012 wurde Russland vom sogenannten Tandem regiert. Dmitrij Medwedew waren bei diesem Deal die Hände gebunden, doch er signalisierte von Anfang an eine gewisse politische Unabhängigkeit und verfolgte sein eigenes Programm.

Angefangen bei seiner Verurteilung des »Rechtsnihilismus« bis zu dem, was er »Modernisierung« nannte (wozu auch Maßnahmen zur Verringerung des Druckes auf die Unternehmen gehörten), formte Medwedew eine Politik, die zwar nicht antiputinistisch war, jedoch eine Modifizierung einiger Schlüsselemente des klassischen Putinismus darstellte. Von Beruf Anwalt, war Medwedew vor allem damit beschäftigt, als Teil eines breiteren Programms zur Stärkung des Verfassungsstaats die Unabhängigkeit der Justiz gegenüber der Willkür des administrativen Systems wiederherzustellen. Während es mittlerweile üblich ist, über Medwedews ineffizienten Stil zu spotten, repräsentierte er in Wirklichkeit eine Form evolutionärer Entwicklung, die zum Einen die Leistungen der Sanierungsaspekte der Putinschen Politik hätte beibehalten und andererseits die Exzesse der Konsolidierungsphase zurückdrängen können.

Ganz wie Putin die von ihm als solche verstandenen Defizite der Jelzinschen Herrschaft überwunden hatte, spiegelte Medwedew – ohne die Figur Putin direkt anzugehen – das Entwicklungspotential des Systems bei einer Stärkung der Institutionen des Verfassungsstaats wieder, falls gleichzeitig den Vertretern des administrativen Regimes die Flügel gestutzt werden könnten. Das war eine idealistische, aber realistische Option, die die Unterstützung einer wachsenden Schar von Anhängern gewann, die sich zuvor noch im Epizentrum des klassischen Putinismus befunden hatten. Letzten Endes wurde die Option einer Reform innerhalb des Systems durch die Grenzen zum Scheitern gebracht, die der Tandem-Deal setzte. Dieser hatte es nicht zugelassen, dass ein reformorientiertes Programm politische Formen

annimmt und die Macht der *silowiki* und anderer Verfechter des administrativen Regimes gefährdet.

Die zunehmende Gegenbewegung zu Medwedews Liberalisierungsbestrebungen wurde in nicht geringem Maße durch Befürchtungen befördert, die nach den Interventionen im Irak und Libyen und wegen der übereilten Dämonisierung von Baschar al-Assad nach dem Ausbruch des Aufstandes im Frühjahr 2011 unbegrenzte geopolitische Ambitionen des Westens wahrnehmen.

Die vierte Phase möchte ich in Anlehnung an den »entwickelten Sozialismus«, der in der Hochzeit der Breschnew-Ära in den 1970er Jahren verkündet wurde, als »entwickelten Putinismus« bezeichnen. Die Unterschiede zwischen den vier Phasen sollten nicht die Elemente der Kontinuität verdecken, wie es auch erhebliche Kontinuitäten zwischen Jelzins Regime in den 1990er Jahren und Putins Herrschaft in den 2000er Jahren gegeben hat. Weder das Jelzinsche noch das Putinsche Herrschaftssystem waren Autokratien, beide wiesen jedoch bei der Steuerung der politischen Prozesse autoritäre Elemente auf. Beide haben versucht, die konkurrierenden Ansprüche zu steuern, nämlich den Drang nach politischer Partizipation und sozialer Sicherung einerseits, und die postsowjetische Fragmentierung Eurasiens sowie die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen auf internationaler Ebene andererseits.

Entwickelter Putinismus

Seit 1991 hat sich ein System entwickelt, bei dem Wahlen einen sekundären Vorgang zur Legitimierung des Status quo darstellen. Sie sind für die Regierung oder gar das Regime kaum bestimmend, senden lediglich ein Signal an das Regime, und sind somit nicht gänzlich wertlos. Das Regime diskreditiert jedoch die eigenen Legitimierungsmechanismen, was etwa dann deutlich wird, wenn sich eine Divergenz zwischen öffentlicher Meinung und Wahlergebnissen einstellt. Wahlen regulieren nicht die sozialen Spannungen, sondern verschärfen sie, wie wir anhand der Protestbewegung vom Dezember 2011 eindringlich beobachten konnten.

Nachdem sich der Staub der Sukzessionskrise gelegt hatte, griff das System des entwickelten Putinismus zu neuen Formen des politischen Managements. Hierbei standen vier Strategien im Zentrum: zwingen, beschränken, kooptieren, überzeugen. Gegen führende Figuren in der Opposition wurde selektiver Zwang eingesetzt, vor allem durch die Verfolgung jener, die angeblich in die Unruhen auf dem Bolotnaja-Platz am 6. Mai 2012 verwickelt waren, und durch den Prozess gegen Alexej Nawalnyj. Beschränkungen wurden in Bezug auf nicht offiziell genehme politische Betätigung eingerichtet, etwa durch deftige (Geld)strafen für Verstöße gegen das Demonstrationsrecht. Auch gegenüber den Eliten

des Regimes wurden Beschränkungen eingeführt, etwa in Bezug auf Bankkonten und Aktienbesitz im Ausland. Wichtigster Kooptierungsmechanismus ist die Allrussischen Volksfront; was das Überzeugen anbelangt, so wurde das durch eine Reihe ideologischer Initiativen unternommen, unter anderem durch eine betont antiwestliche Haltung, eine engere Verbindung zur Orthodoxen Kirche und das Eintreten für konservative kulturelle und Familienwerte.

Die Oppositionsbewegung wird gleichwohl weiterleben. Unterdrückung kann nur eine »Not«-Maßnahme sein, ganz gleich, wie lang sie andauert. Eine Systemkrise entsteht dann, wenn die Kanäle für eine Erneuerung des Systems blockiert sind. Die unterschiedlichen Disziplinierungstechniken, die gegen »Gerechtes Russland« eingesetzt wurden, sind Merkmale eines Systems, in dem Kontrolle die Fähigkeit zur Aufnahme neuer, für die Systemerhaltung notwendiger Ideen verdrängt. Beim klassischen Putinismus war immer etwas von Medwedews Politik vorhanden gewesen, der späte Putinismus jedoch unterdrückt das Potential für eine solche Entwicklung.

Mit der Konsolidierung des entwickelten Putinismus wird die Reichweite einer Neukonfigurierung des Regimes deutlich, beispielsweise durch die Schaffung der Volksfront, den Niedergang von »Einiges Russland«, die »Nationalisierung der Eliten« und die Re-Ideologisierung, die die fortgeführten Strategien der Entpolitisierung flankiert. Dies unterstreicht nur den Unterschied zwischen »klassischem Putinismus« und seiner entwickelten Variante. Wenn die frühere Version noch versucht hatte, die klassischen Instrumente demokratischer politischer Repräsentation (z. B. Parteien und Parlament) umzugestalten, gibt sich das modernisierte Modell

mit einer »Kolonisierung« allein nicht mehr zufrieden und experimentiert im Zuge einer breiteren Umorientierung hin zu einer nativistischen Haltung verstärkt mit korporatistischen und populistischen Instrumenten.

Schlussfolgerungen

Das Putinsche System ist in Stagnation verfallen. Putin hat mit »Einiges Russland« eine regimetreue Partei geschaffen, die das Parlament dominiert, aber die Versuche neue Wege zur Kontrolle des politischen Lebens zu finden, wenn die alten Instrumente diskreditiert sind, enthüllen nur, wie begrenzt die verfügbaren Möglichkeiten in dem engen Rahmen des entwickelten Putinismus sind. Medwedews Politik ist marginalisiert worden; der Preis war eine Erosion des politischen Pluralismus und der Qualität der Regierungsführung insgesamt. Politische Opposition ist eingeschränkt, was allerdings nur einem bürokratischen Lenkungsstil zur Dominanz verhilft. Da ein öffentlicher Raum und der Zugang zu den Medien fehlen, nimmt die Korruption zu. Die Erosion offener Politik führt dazu, dass Konflikte nach innen gelenkt werden und die zunehmende Fraktionsbildung innerhalb des Regimes befördert wird. Die Stagnation in Russland kann nur dann überwunden werden, wenn die politischen Optionen, die dem Regime zur Verfügung stehen, ausgeweitet werden. Das könnte eine fünfte und pluralistischere Phase einleiten, einen Putinismus ohne Putin; allerdings würde das ein Aufbrechen des Putinschen Systems von innen heraus nach sich ziehen. Hierzu ist anhaltender Druck demokratischer Bewegungen erforderlich, begleitet von einer Wiederbelebung des Verfassungsstaates. Die Alternative ist Revolution und Kollaps.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Richard Sakwa ist Professor für russische und europäische Politik an der Universität Kent und Associate Fellow des Russland- und Europa-Programms am Royal Institute of International Affairs (Chatham House).

Lesetipps

- Sakwa, Richard: *Russian Politics and Society*, London, New York: Routledge, 2008.
- Sakwa, Richard: *Putin's Leadership. Character and Consequences*, in: *Europe-Asia Studies*, 60.2008, Nr. 6 (Sonderausgabe: *Power and Policy in Putin's Russia*), S. 879–897.
- Sakwa, Richard: *The Dual State in Russia*, in: *Post-Soviet Affairs*, 26.2010, Nr. 3, S. 185–206.
- Sakwa, Richard: *The Crisis of Russian Democracy. The Dual State, Factionalism and the Medvedev Succession*, Cambridge: Cambridge University Press, 2011.
- Sakwa, Richard: *Modernisation, neo-modernisation, and comparative democratisation in Russia*, in: *East European Politics*, 28.2012, Nr. 1, S. 43–57.

Wirtschaftswachstum und Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung in Russland

Richard Connolly, Birmingham

Zusammenfassung

Ein Wirtschaftswachstum von jährlich vier Prozent ist in Russland trotz einschränkender Rahmenbedingungen möglich. Hierzu muss die Investitionsrate jedoch über einen längeren Zeitraum bei mindestens zehn Prozent liegen. Denn Konsumausgaben, öffentliche Ausgaben oder Nettoexport werden nicht in dem Ausmaß ansteigen, mit dem die von der Regierung angestrebten Wachstumszahlen zu erreichen wären. Verschiedene Strategiepapiere der Regierung zeigen die notwendigen Reformschritte auf, um das Land auf einen innovationsgetriebenen Entwicklungspfad zu lenken und es aus der Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu lösen. Sie alle haben jedoch den Makel, dass sie die politischen Störfaktoren, die die Umsetzung der Strategien behindern, nicht ausreichend berücksichtigen. Ohne politische Glaubwürdigkeit besteht die Gefahr, dass die russische Wirtschaft auch weiterhin mit einer »ad-hoc«-Methode gesteuert und der längst notwendige Strukturwandel nicht initiiert wird.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich...

Fast ein Jahrzehnt währte die Phase wirtschaftlicher Expansion in Russland. Zwischen 1999 und 2008 lag die jährliche Wachstumsrate im Schnitt bei rund sieben Prozent. Das Wachstum wurde 2009 durch einen heftigen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um fast acht Prozent jäh unterbrochen; keines der G20-Länder wies in dieser Zeit eine stärkere Rezession auf. Obwohl nach der Krise die Wachstumsraten hinter den vorherigen Spitzenwerten zurückblieben, war das Wachstum in den Jahren 2010 und 2011 mit 4,3% dennoch bedeutend stärker als bei Russlands wohlhabenderen europäischen Nachbarn, und auch höher als in vielen anderen Ländern mit mittlerem Einkommen, etwa in Brasilien und der Türkei. Selbst als das weltweite Wachstum von 4,3% im Jahr 2011 auf 3,2% im Jahr 2012 zurückging, verlangsamte sich das Wachstum in Russland im gleichen Jahr lediglich auf immer noch ansehnliche 3,5%.

In den letzten Monaten hat sich das Wirtschaftswachstum in Russland jedoch beträchtlich verlangsamt. Bei einem aufs Jahr hochgerechneten Wachstum von nur 1,6% im ersten Quartal dieses Jahres nehmen die Befürchtungen zu, dass sich Russland mitten in einer ernsten und möglicherweise anhaltenden Flaute befinden könnte. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum 2013 wurden nach unten korrigiert: Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation hat seine Wachstumsprognose für 2013 von 3,6 auf 2,4% reduziert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Vorhersage von 3,4 auf 2,5% revidiert. Die stärkste Korrektur erfolgte bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die ihre Prognose sogar von 3,5 auf 1,8% senkte.

...aber warum?

Die Gründe für diesen Rückgang des Wirtschaftswachstums sind nicht leicht festzumachen. Das Spektrum der Erklärungen reicht von externen Faktoren, die außerhalb der Kontrolle russischer Politik liegen bis zur zögerlichen Reformpolitik der russischen Regierung, die nun den Preis für das Versäumnis zahle, im vergangenen Jahrzehnt den überaus notwendigen Strukturwandel nicht ausreichend gefördert zu haben.

Betrachtet man die externen Faktoren, so ist klar, dass Russlands größter Handelspartner, die EU, in einem Zustand wirtschaftlicher Stagnation dahindämmert und damit kämpft, seine Haushalts- und Bankenkrise zu bewältigen. Der Europäischen Kommission zufolge sank das durchschnittliche Wachstum in der EU von kraftlosen 1,5% im Jahr 2011 auf den Rezessionswert von -0,3% im Jahr 2012. Es sollte also nicht überraschen, dass Russland hier einige der negativen Folgen zu spüren bekam. In welchem Maße jedoch die Schwierigkeiten in der EU für den Rückgang des russischen Wirtschaftswachstums verantwortlich gemacht werden, hängt von der jeweils zitierten Prognose ab. Die geänderten Wachstumsprognosen des IWF für Russland legen nahe, dass gemeinsame Ursachen – etwa die Schwäche der Eurozone – hinter einem allgemeinen Abschwung stecken könnten. Der russische Wachstumsrückgang stimmt dem IWF zufolge mit dem vieler Nachbarstaaten Russlands überein. Die Korrektur hingegen, die die EBRD nach unten vornahm, fällt für Russland sehr viel deutlicher aus als für dessen Nachbarn; das könnte bedeuten, dass eher innere Probleme die Folgen eines externen Abschwungs verstärken.

Wenn die EBRD mit ihrer Vorhersage Recht hat, dass der Abschwung in Russland heftiger als in den Nachbarstaaten ausfällt, ragen eine Reihe von Fakto-

ren heraus. Erstens leiden die russischen Wachstumsstatistiken unter dem »Basis-Effekt«, da im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012 die öffentlichen Ausgaben ausgeweitet wurden, was sich positiv auf das letztjährige Wirtschaftswachstum auswirkte. Im Jahresvergleich ist daher das Ausmaß des Abschwungs in Russland überhöht. Zweitens ist die Zahl der einheimischen Arbeitskräfte seit 2010 zurückgegangen. Beschäftigung und Kapazitätsauslastung bleiben auf Rekordhöhen, aber Engpässe auf der Angebotsseite werden offensichtlicher. Drittens steigen die Einnahmen aus der Förderung und dem Export von Energieträgern nun weit weniger, auch wenn sie auf historischem Höchststand sind, da die weltweiten Preise für Öl und andere Rohstoffe weniger stark gestiegen oder gar gesunken sind. Die Menge der geförderten Energieträger ist ebenfalls auf einem postsowjetischen Hoch. Das schließt in näherer Zukunft das Potential für einen plötzlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums aus. Viertens ist die rapide Zunahme der Verbraucherkredite, die zusammen mit dem Anstieg der realen Einkommen in den vergangenen Jahren beträchtliche Konsumausgaben gestützt hatten, bescheidener geworden. Fünftens wird das Geschäftsklima in Russland – das in einem Maße berüchtigt ist, das es bisweilen gar nicht verdient – von vielen Investoren immer noch als ein gravierendes Hindernis für wirtschaftliche Betätigung betrachtet. Die Investitionstätigkeit ist, der russischen Zentralbank zu Folge, in den letzten zwölf Monaten sogar zurückgegangen. Da die Investitionen mit 20 % vom BIP bereits jetzt nur einen relativ geringen Teil des BIP ausmachen, ist diese Entwicklung womöglich diejenige, die am meisten beunruhigt. Zum Vergleich: In China liegt die Quote bei 45 %, in Indien bei rund 30 % und in Brasilien bei ebenfalls 20 %.

Ohne einen nachhaltigen Anstieg der Investitionen ist nur schwer zu erkennen, wie die russische Wirtschaft eine andauernde Produktivitätssteigerung erreichen kann. Diese wäre erforderlich, um die industrielle Kapazitätsauslastung zu verringern, um ein höheres Produktionsniveau mit einer kleineren und älteren Bevölkerung zu erreichen und um der Regierung die Erfüllung der wachsenden Liste ihrer Ausgabenverpflichtungen zu ermöglichen. Wenn die massive und nachhaltige Steigerung von Investitionen als die wichtigste Aufgabe anzunehmen wäre, denen sich die Politik in Russland gegenüber sieht, ergeben sich unmittelbar zwei Fragen. Erstens: Wie schnell sollte die russische Wirtschaft wachsen? Und zweitens: Auf welchem Wege ließe sich diese Wachstumsrate erreichen?

Wie schnell sollte Russlands Wirtschaft wachsen?

Es steht eine Reihe von Methoden zur Verfügung, mit denen sich die angemessene Wachstumsrate für die

Wirtschaft in Russland ermitteln ließe. Zum einen könnte man von den grundlegenden Komponenten des russischen BIP ausgehen und untersuchen, welche Wachstumsraten unter den Beschränkungen, die auf der Angebotsseite und in der Politik bestehen, für jede dieser Komponenten erreichbar sind. Angesichts des von der Regierung verkündeten Bestrebens, jedes substantielle Haushaltsdefizit vermeiden zu wollen, und vor dem Hintergrund sowohl der abnehmenden Zahl einheimischer Arbeitskräfte als auch des schmelzenden Handelsüberschusses gibt es nur wenig Raum für ein Wachstumsmodell, das auf öffentlichen Ausgaben, Konsumausgaben oder dem Nettoexport beruht. Folglich müssten Investitionen die Hauptlast der Wachstumsimpulse tragen. Falls nämlich der Konsumanstieg zu bescheiden ausfiele, die öffentlichen Ausgaben nur zurückhaltend (um rund ein Prozent jährlich) anwachsen sollen, und die Handelsbilanz weiterhin schmelzen würde, könnte ein Anstieg der Investitionen von rund zehn Prozent jährlich wohl für die nähere Zukunft einen Zuwachs des BIP von etwa vier Prozent bringen. Ein solches jährliches Wachstum wäre nicht unvernünftig hoch; der Investitionsanstieg ist in jedem Jahr von 2002 bis 2008 größer gewesen. Falls jedoch die Investitionen auch nur annähernd im Bereich der Vorkrisenspitzen von über 20 % zunehmen würden, ließe sich ein Anstieg des BIP in der Nähe von sechs Prozent erwarten.

Ein weiterer Weg zur Bestimmung einer für Russland annähernd vernünftigen Wachstumsrate besteht in der Analyse historischer Daten aus länderübergreifenden Studien zu Phasen beschleunigten oder verlangsamten Wachstums. Eine 2013 unternommene Studie von Eichengreen und anderen untersucht die Häufigkeit und die Übereinstimmungen von verlangsamtem Wachstum in schnell wachsenden Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen. Solch ein Abschwung wird als »*middle-income trap*« bezeichnet. Die Autoren argumentieren, dass sich bei einem durchschnittlichen BIP pro Kopf von rund 16.000 US-Dollar (zu konstanten Preisen von 2005 und bei Kaufkraftparität) der Anstieg des Prokopfeinkommens im Durchschnitt von 5,6 % auf 2,1 % jährlich verlangsamt. Zum Vergleich betrug in Russland das Pro-Kopf-BIP 2011 knapp 15.000 US-Dollar, was nahelegt, dass das Land sich nun an dem Punkt befindet, an dem es in die »*middle-income trap*« geraten könnte. Die Autoren meinen, dass Abschwünge mit höherer Wahrscheinlichkeit in Ländern auftreten, bei denen der Anteil von High-Tech-Produkten am Export relativ gering ist. Dies trifft auf Russland zu. Sollte also Russland den Pfad eines durchschnittlichen schnell wachsenden Landes mit mittlerem Einkommen, wie wir es aus der Vergangenheit kennen, einschlagen, würde sich das Wachstum wahrscheinlich auf 2–2,5 % jährlich verlangsamen.

Sollten aber die Wachstumsraten höher liegen, sagen wir bei vier Prozent, ließe sich der Schluss ziehen, dass Russland sich relativ gut geschlagen hat.

Was bedeutet das für Russlands potentielle Wachstumsraten in der nahen Zukunft? Zunächst ist ein Wachstum von rund vier Prozent erreichbar, selbst angesichts der Eckdaten, die sich aus den gegenwärtig im Land bestehenden Beschränkungen auf der Angebots- und der Nachfrageseite ergeben. Das wird jedoch nur so lang möglich sein, wie die Investitionen über längere Zeit um mindestens zehn Prozent steigen. Das Erreichen eines durchschnittlichen Wachstums von rund vier Prozent jährlich – was angesichts der schrumpfenden Bevölkerung des Landes einem noch höheren Pro-Kopf-Wachstums gleichkäme – würde zudem, wenn es ein rundes Jahrzehnt aufrechterhalten werden könnte, eine herausragende Leistung darstellen. Umso mehr, als in der Vergangenheit viele Länder mit einem vergleichbaren Einkommensniveau zu Abschwüngen neigten. Schließlich und angesichts der oben dargelegten Überlagen sind Forderungen nach einem Wachstum von über fünf Prozent wohl eher zu optimistisch.

In der Tat liegt es auf Grund der oben skizzierten strukturellen Beschränkungen nahe, dass ein höheres Wachstum nur über eine unvernünftige Kreditausweitung zu erlangen wäre, die womöglich nur durch direkte staatliche Intervention erreicht werden würde. Unter diesen Umständen würden die kurzfristigen Vorteile eines schnelleren Wachstums durch die langfristigen Kosten einer erhöhten Schuldenquote im BIP und die negativen Verzerrungen aufgrund des umfangreichen Fehleinsatzes von Ressourcen wieder wettgemacht.

Regierungsstrategien für Wirtschaftswachstum

Wenn nun ein Wachstum von vier Prozent als wünschenswertes Ziel angenommen wird, welche Reformoptionen stehen der Politik zur Verfügung? Im Folgenden soll die Rolle einiger markanter Regierungsstrategien zur wirtschaftlichen Entwicklung beleuchtet werden, die in den letzten Jahren entwickelt wurden.

Von der Konzeption ...

Im Herbst 2008, gerade, als die weltweite Wirtschaftskrise in ihre turbulenteste Phase trat, wurde die vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung formulierte Konzeption für die langfristige soziale und wirtschaftliche Entwicklung Russlands bis 2020 durch die Regierung verabschiedet. Ziel der Konzeption war es, eine Strategie vorzulegen, die Russland bis 2020 zu einem der weltweit führenden Länder machen sollte. Die Autoren der Konzeption skizzierten drei Szenarien für das Wirtschaftswachstum: Das erste beruhte

auf einer stärkeren Rolle der Energie- und Rohstoffexporte, das zweite ging von »Trägheit«, also der schlichten Beibehaltung des gegenwärtigen Kurses aus, und das dritte basierte auf der Annahme einer innovationsgeleiteten Entwicklung. Letzteres zeigte auf was nötig wäre, um die Struktur der russischen Wirtschaft von Grund auf zu verändern. Die Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffexporten sollte zugunsten einer Produktion von innovativen, wissensbasierten Gütern und Dienstleistungen überwunden werden.

Solch eine Transformation würde, so hofften die Autoren, Russland für viele Jahre zu einem führenden wirtschaftlichen und geopolitischen Akteur machen. Zur Erreichung dieses Ziels formulierte die Konzeption, dass die jährliche Wachstumsrate zwischen 2008 und 2020 6,5 % betragen müsse (mit einem stärkeren Wachstum zu Beginn und bescheideneren Werten in den Jahren vor 2020). Das Szenario sah für folgende Bereiche einen erhöhten Anteil am BIP vor: Bildung (von 4,9 % im Jahr 2007 auf 6,5–7 %), Gesundheit (auf 6,7–7 % von 4,2 % im Jahr 2007) und Forschung und Entwicklung (auf 3 % von 1 % im Jahr 2007).

...zur Strategie

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise stoppte die Formulierung und Umsetzung der Programme, die zur Unterstützung der Ziele der 2020-Konzeption avisiert wurden, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Stattdessen ging die russische Regierung dazu über, die Wirtschaft »ad-hoc« zu steuern. Sie reagierte eher auf die von Tag zu Tag neu entstehenden Probleme, als einem Plan oder einer Strategie zu folgen. Erst als sich 2010 und 2011 wieder respektable Wachstumsraten einstellten, wurde die Formulierung einer aktualisierten Strategie für Russlands langfristige Wirtschaftsentwicklung wieder aufgenommen, nun unter der Führung von Wladimir Putin in seiner Funktion als Ministerpräsident. Dieses Mal wurde die Strategie von einer Expertengruppe unter der Führung von Wladimir Mau, des Rektors der Russischen Akademie für die Volkswirtschaft und den Staatsdienst (RANCh i GS), und Jaroslaw Kusminow, des Rektors der Moskauer Higher School of Economics, ausgearbeitet.

Im März 2012 wurde die Endversion dessen, was als »Strategie 2020« bekannt wurde, veröffentlicht. Wie bei der Konzeption von 2008 wurden hier drei Entwicklungsszenarien entworfen, mit dem klaren Hinweis, dass das Innovations-Szenario als Handlungslinie vorzuziehen war, wenn Russland einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung beschreiten wollte.

In dieser Strategie wurde ein Wirtschaftswachstum von nicht weniger als fünf Prozent als notwendig betrachtet, wenn Russland ein neues Niveau mensch-

licher Entwicklung und den Aufbau einer postindustriellen Wirtschaft erreichen wollte. Wie auch in der Konzeption von 2008 formuliert, erfordere die Konzentration auf einen neuen wissensbasierten Entwicklungspfad eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung auf jeweils vier Prozent des BIP; im Gegenzug wäre eine Ausgabenkürzung für Verteidigung, öffentliche Ordnung und Sicherheit auf nur zwei Prozent des BIP nötig. Diese Haushalts-»Operation« wurde mit »+4–2« betitelt.

Die Strategie betont auch eine Rückkehr zur Haushaltsdisziplin, indem sie neue Haushaltsregeln zur Ausgabenbegrenzung vorschlägt, mit denen die jährlichen Ausgaben durch das Ziel begrenzt werden sollen, den Haushalt bei einem »Basisniveau« des weltweiten Ölpreises auszugleichen. Die Autoren des Berichts führen allerdings zwei neue Ansätze der Haushaltspolitik ein. Der erste strebt ausgeglichene Haushalte an, während der zweite moderate Haushaltsdefizite von bis zu einem Prozent des BIP erlaubt, damit die Regierung ausgewählte Projekte finanzieren kann. Unter dem letzteren Ansatz würde in Russland ein Anstieg der öffentlichen Verschuldung von bis zu 25 % des BIP erlaubt sein.

Bald nach der Veröffentlichung der »Strategie 2020« legte das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung einen Prognoseentwurf für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung bis 2030 auf den Tisch. Die »Prognose 2030« stellt den nächsten Schritt in der Evolution der ursprünglichen Konzeption von 2008 dar; die Parameter wurden angepasst, um den Wirtschaftszielen zu entsprechen, die Wladimir Putin vor seiner Inauguration im Mai 2012 umschrieben hatte.

Hindernisse für eine wirkungsvolle Umsetzung der »Strategie 2020«

Die politischen Optionen, die in der »Strategie 2020« vorgelegt werden, sind zum größten Teil durchweg vernünftig, zumindest aus konventioneller liberaler Wirtschaftsperspektive. Es wäre vorstellbar, dass ein politisches Programm, das auf den in der Strategie enthaltenen Kerninitiativen basiert, für einen Anstieg der Investitionen auf über jene zehn Prozent jährlich sorgen könnte, die für ein Wachstum von vier Prozent und mehr benötigt würden; doch sicher wäre es nicht: Eine strukturelle Wirtschaftsreform, wie sie in der Strategie vorgesehen ist, führt nicht immer zu einem sofortigen Wachstum. Was ein solches Programm braucht, damit es die erwünschten Ergebnisse liefert, ist politische Glaubwürdigkeit. Wenn glaubwürdige Reformbestrebungen bei den führenden politischen Akteuren Russlands fehlen, ist eine zunehmende politische Ungewissheit als Resultat wahrscheinlicher als ein Anstieg der Investitionen oder ein Wirtschaftswachstum.

Es ist der politische Bereich, in dem die Strategie ihre Grenzen offenbart. Die Autoren des Berichts haben es vermieden, jedwede Rolle zu berücksichtigen, die politische Reformen bei der Stützung jeder wirtschaftlichen Transformation spielen. So wäre eine beträchtliche Änderung in der politischen Machtbilanz erforderlich, um beispielsweise die Operation »+4–2« durchzuführen. In den letzten Jahren haben die Erhöhung der Militärausgaben, und insbesondere die Entschlossenheit, das staatliche Rüstungsprogramm (GPW) bis 2020 umzusetzen, einen zentralen Bestandteil der Regierungspolitik dargestellt; diese Politik verfügt über mächtige Anhänger. Eine Abkehr von dieser Politik zugunsten von Bildung und Infrastruktur wäre in der Tat für jeden Führer in Russland schwer durchsetzbar. Jüngste Äußerungen aus der Verteidigungsindustrie und aus Teilen der Regierung verwiesen darauf, dass erhöhte Militärausgaben durchaus als Lokomotive für eine wirtschaftliche Modernisierung betrachtet werden.

So kann die in der Strategie formulierte Wirtschaftspolitik als nur eine der möglichen Richtungen betrachtet werden, die innerhalb der herrschenden Elite Russlands angestrebt werden. Die Linien, die sowohl in der Konzeption von 2008 als auch in der »Strategie 2020« formuliert werden, entsprechen wohl der Politik, die das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung bevorzugt. Die fiskalpolitisch orthodoxeren Szenarien stehen dem Denken im Finanzministerium näher. Die anderen mächtigen Ministerien, Lobbygruppen und Personen – etwa das Verteidigungsministerium und der Energie-Komplex – haben jedoch andere politische Vorstellungen als die in der Strategie dargelegten. Im heutigen Russland sind es aber gerade diese Interessen, die über den größeren politischen Einfluss verfügen.

Aussichten für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2013

Die kurzfristigen Aussichten auf Wirtschaftswachstum in Russland werden damit wohl eher von der Wechselhaftigkeit der Weltwirtschaft bestimmt werden als von einer neuen Runde der Wirtschaftsreformen in Russland, insbesondere jetzt, wo das Land Mitglied der WTO geworden ist und noch in stärkerem Ausmaß von außen beeinflusst wird. Während die kürzlich entworfene »Strategie 2020« (wie auch andere Strategiepapiere, z. B. die »Prognose 2030«) ein sinnvolles Paket von Politikvorschlägen bietet, wird die Ansammlung mächtiger politischer Kräfte, die gegen diese Empfehlungen opponieren wohl dazu führen, dass die Vorschläge nur einen bescheidenen Einfluss auf die russische Wirtschaftspolitik haben werden. Hinzu kommt ein weiterer Umstand: Wenn die Reaktion der russischen Regierung auf die jüngste Rezession von 2008/09 etwas über das Krisen-

management in Russland ausgesagt hat, dann, dass bei einer zukünftigen Rezession wahrscheinlich eher eine »ad-hoc«-Steuerung als eine langfristige Strategie in der Wirtschaftspolitik dominieren dürfte. In dieser Hin-

sicht unterscheidet sich Russland wohl kaum von seinen wohlhabenderen europäischen Nachbarn.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Richard Connolly ist Dozent für Politökonomie am Centre for Russian and East European Studies (CREES) der Universität Birmingham. Sein Forschungsgebiet ist die politische und wirtschaftliche Entwicklung Russlands. Vor kurzem wurde seine Arbeit »Economic Sources of Social Order Development in Post-Socialist Eastern Europe« veröffentlicht (Oxford (UK), New York (NY): Routledge, 2013).

Lesetipps

- Eichengreen, B., D. Park, K. Shin: Growth Slowdowns Redux: New Evidence On The Middle-Income Trap (=NBER Working Paper Nr. 18673), Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research, Januar 2013; <http://www.nber.org/papers/w18673>
- Cooper, Julian: Reviewing Russian Strategic Planning: The Emergence of Strategy 2020 (=NATO Defense College Research Review), Rome: NATO Defense College, Juni 2012; <http://www.ndc.nato.int/download/downloads.php?icode=338>

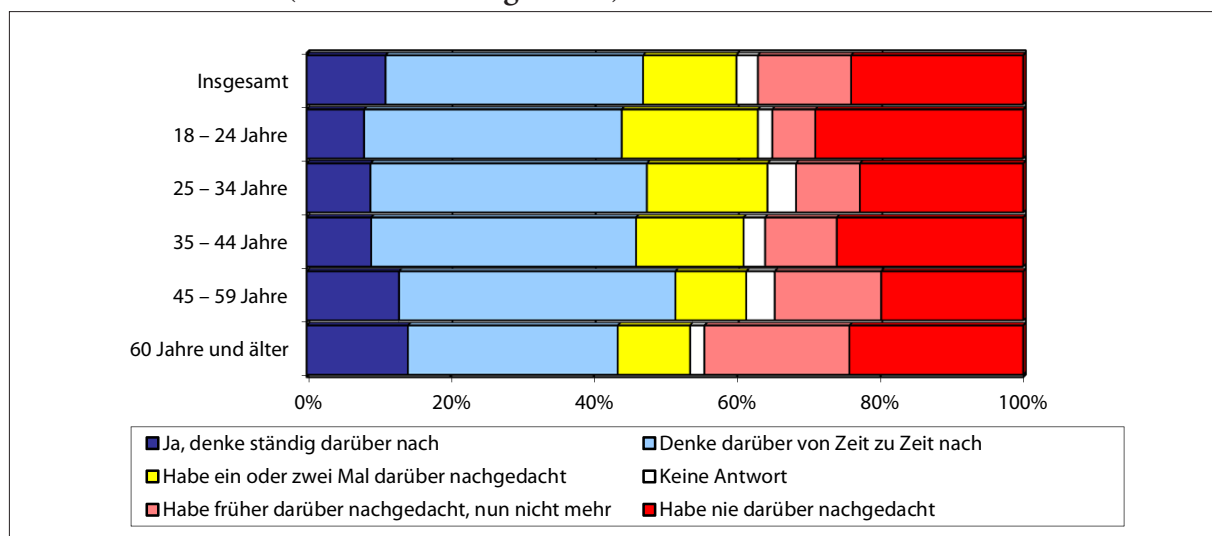
UMFRAGE

Russische Befindlichkeiten

Politische und soziale Stimmungen in Umfragen

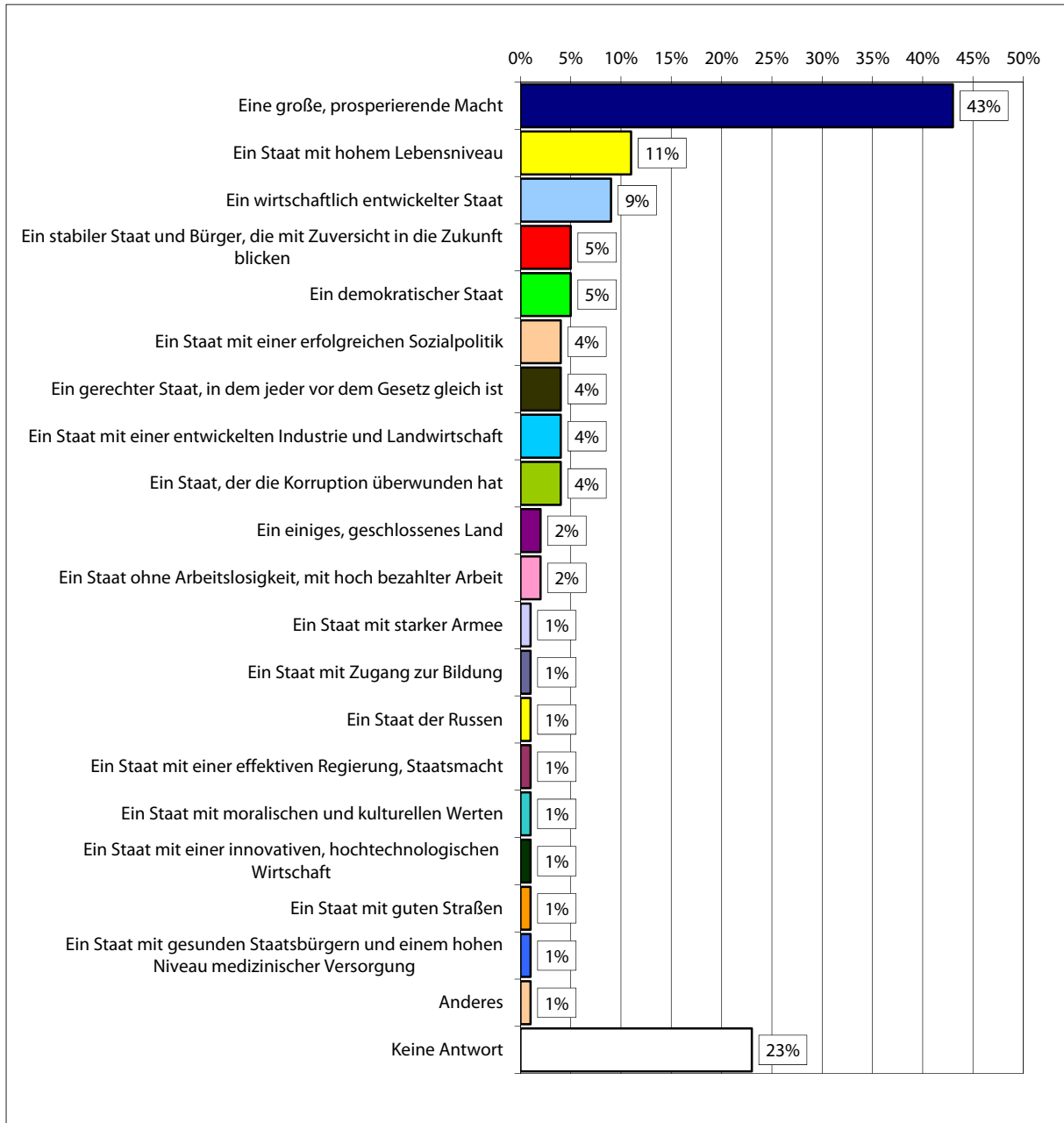
Russlands Zukunft in den Augen seiner Bürger

Grafik 1: In Russland wird die Entwicklungsstrategie für die kommenden zehn Jahre diskutiert. Denken Sie häufig darüber nach, wie Russland in fünf, zehn und mehr Jahren sein wird? (eine Antwortmöglichkeit)



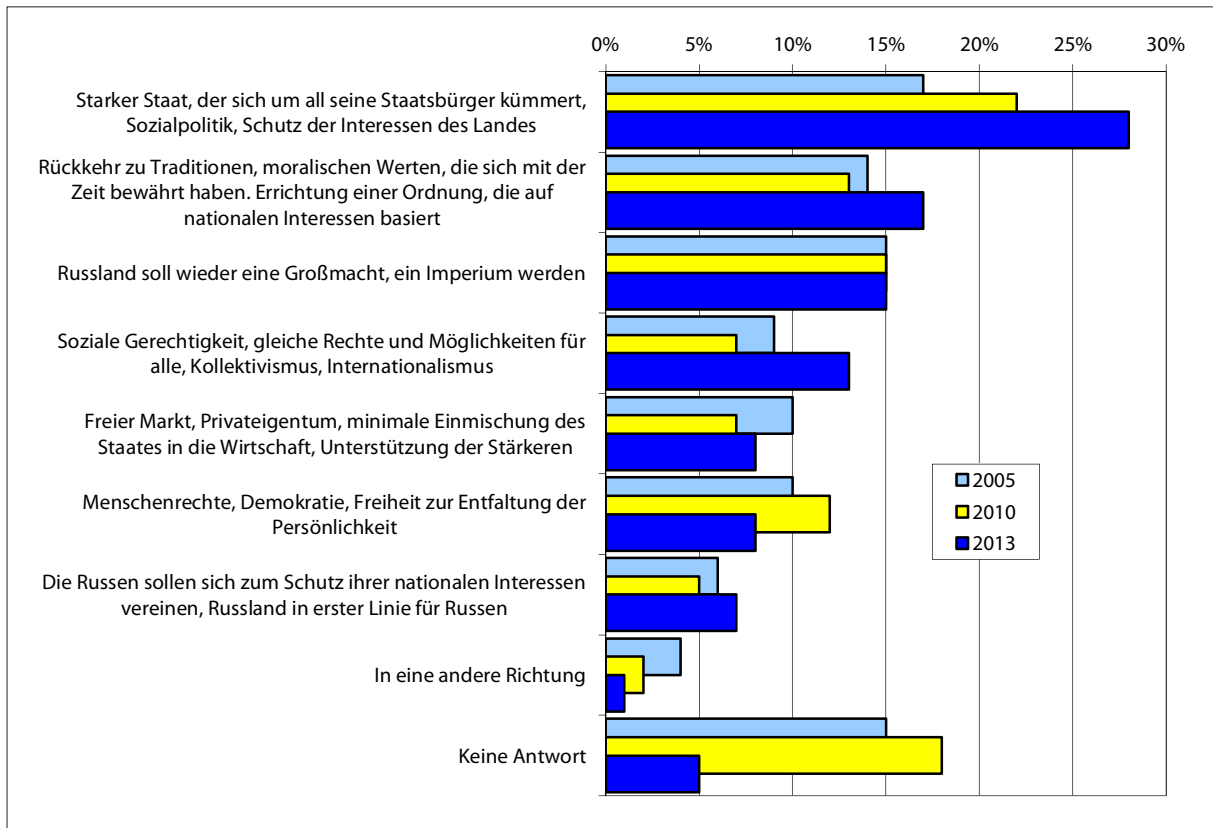
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Mai 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 26. Juni 2013, unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114258>

Grafik 2: Wie sollte Ihrer Meinung nach Russland im Jahre 2020 sein?
 (Beliebige Zahl an Antworten. Ab 1% Zustimmung angeführt)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Mai 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 26. Juni 2013, unter:
<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=114258>

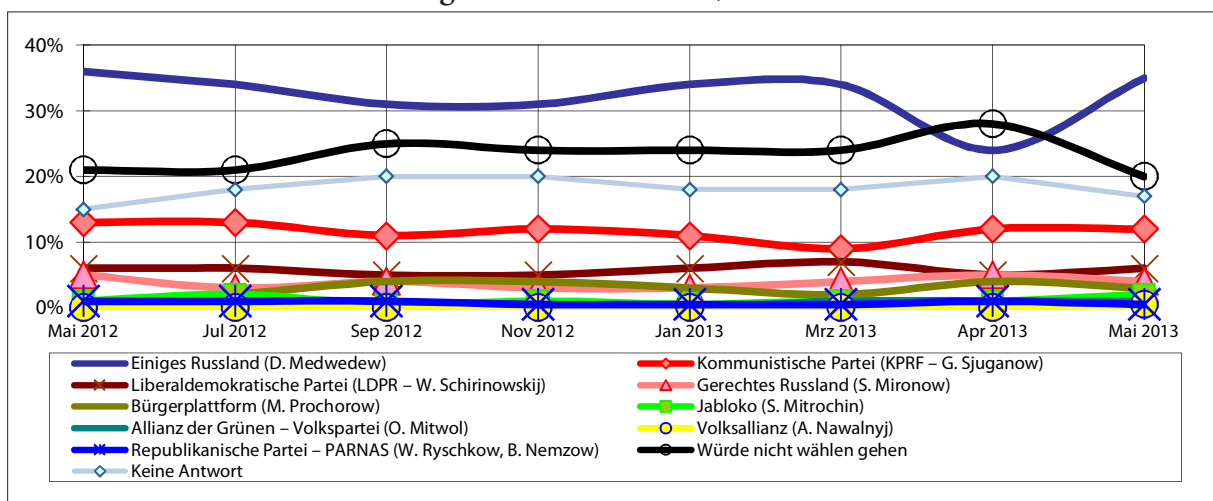
Grafik 3: Welche der folgenden Losungen wird in den kommenden fünf bis zehn Jahren am aktuellsten? In die Richtung welcher Ideen bewegt sich Russland heute?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 18.–19. Mai 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 26. Juni 2013, unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114258>

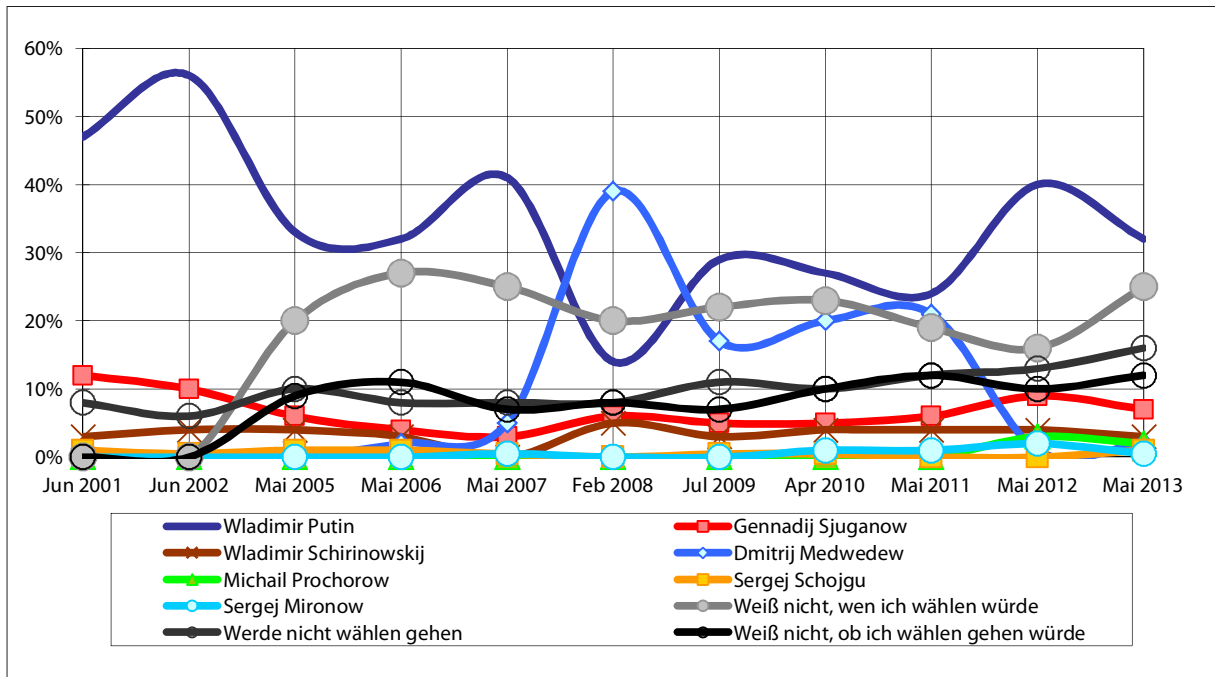
Die »Sonntagsfrage«

Grafik 4: Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. Mai 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 19. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/19-06-2013/uznavaemost-partii-i-predvybornye-reitingi>

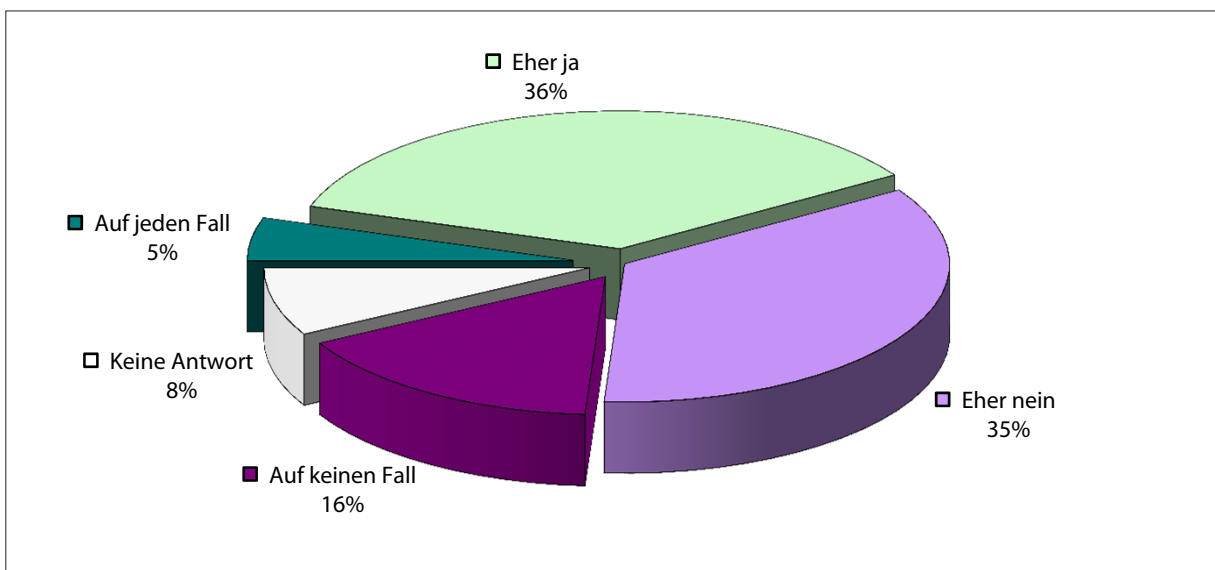
Grafik 5: Wenn nächsten Sonntag Präsidentenwahlen wären, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. Mai 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 19. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/19-06-2013/uznawaemost-partii-i-predvybornye-reitings>

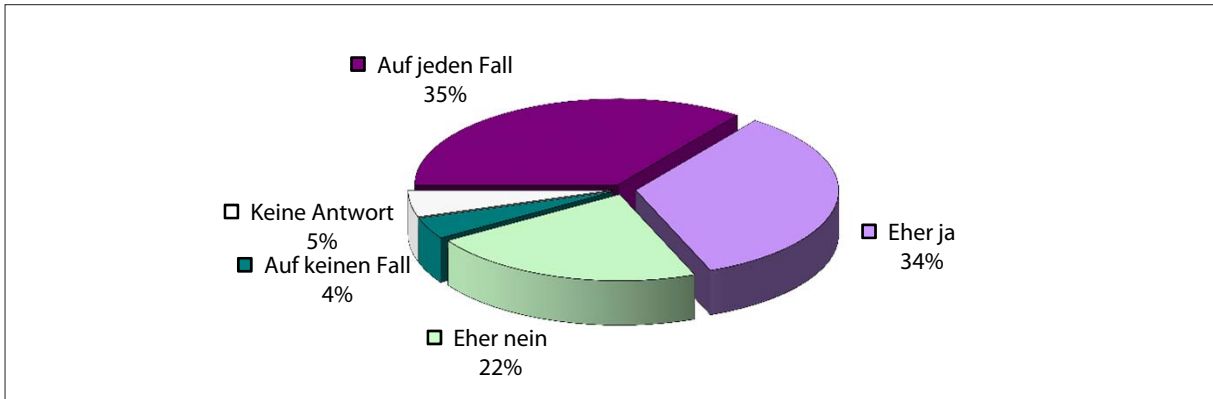
Das Verhältnis zu den Migranten

Grafik 6: Ist die Arbeit der Zuwanderer für das Land und die Gesellschaft nützlich?



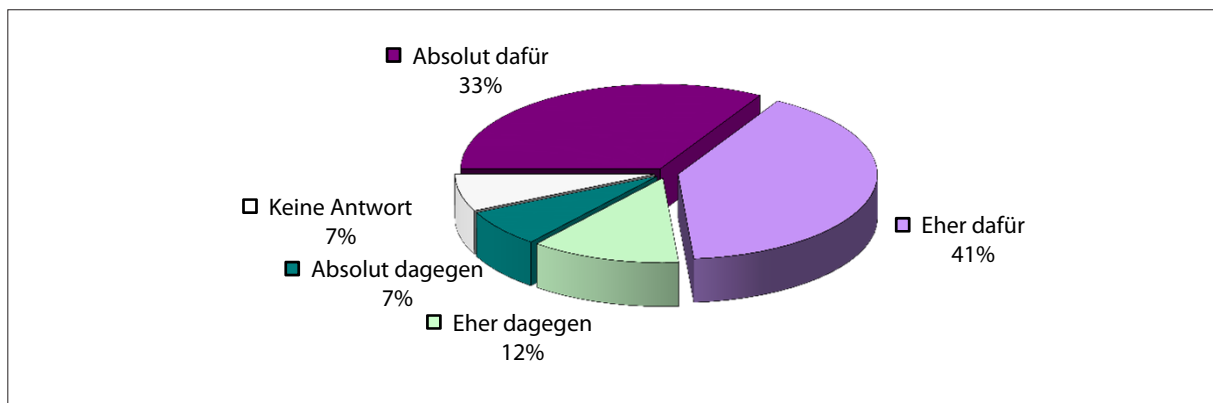
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/otnoshenie-k-migrantam>

Grafik 7: Leben in unserer Stadt / Region zu viele Zuwanderer?



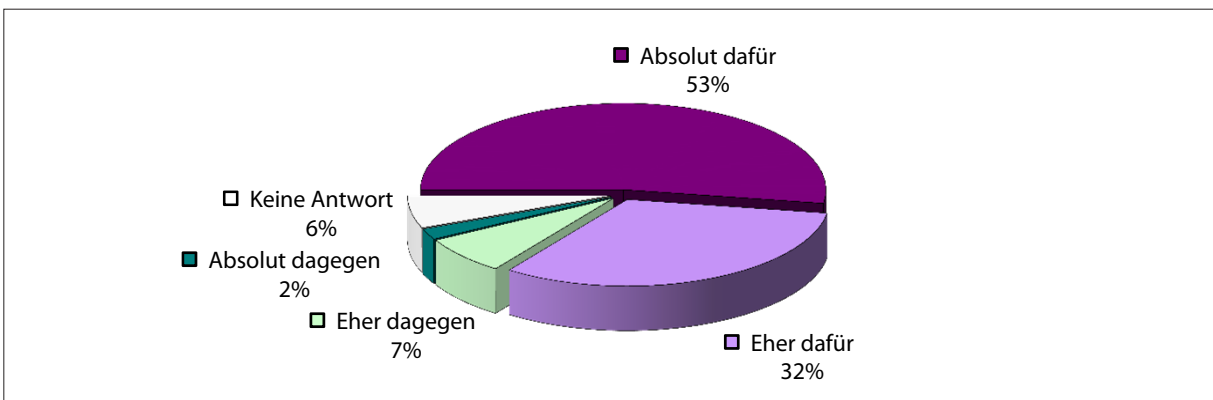
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/otnoshenie-k-migrantam>

Grafik 8: Was halten Sie von der Idee, einen verpflichtenden Sprachtest für Zuwanderer einzuführen, der über eine Arbeitserlaubnis in Russland entscheidet?



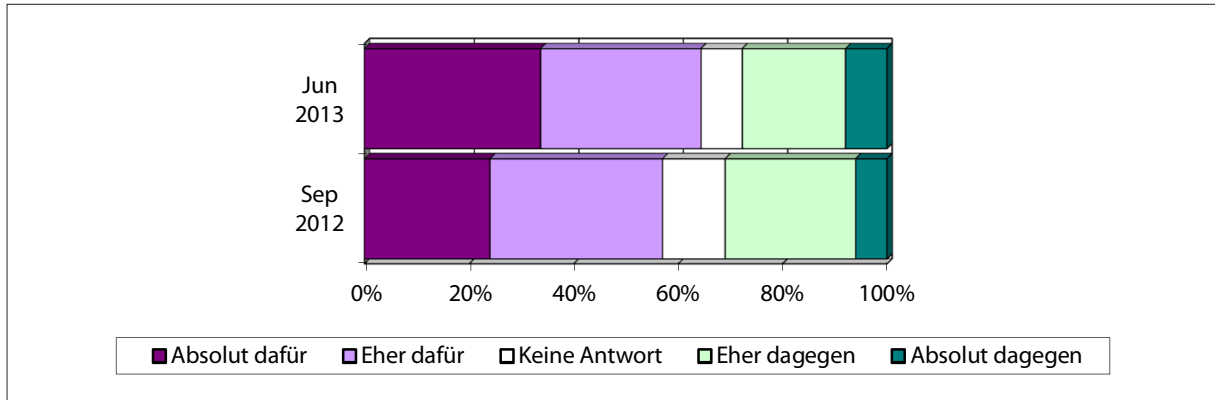
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/otnoshenie-k-migrantam>

Grafik 9: Was halten Sie von der Idee, ein strenges Visaregime gegenüber den Ländern in Zentralasien und dem Kaukasus einzuführen?



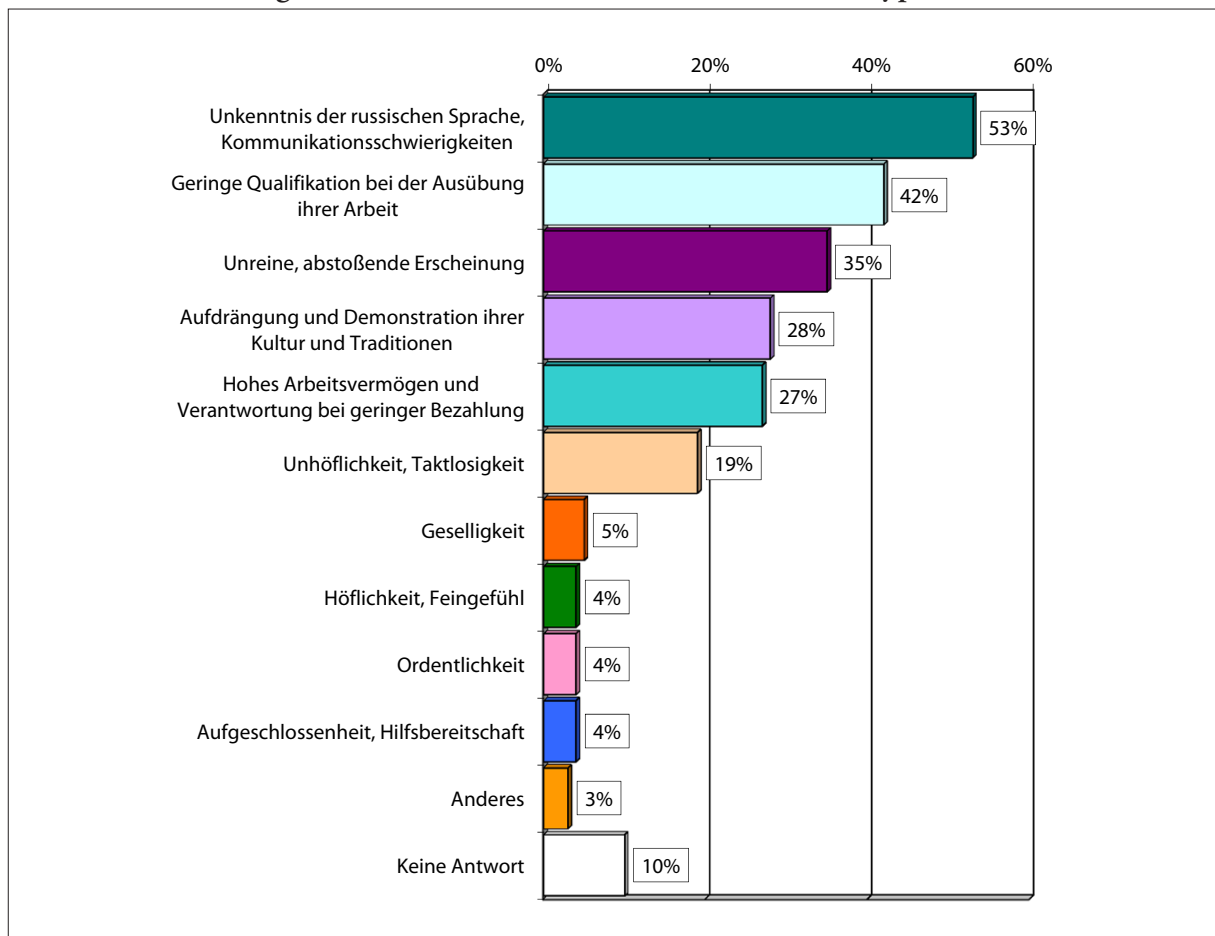
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/otnoshenie-k-migrantam>

Grafik 10: Was halten Sie von Einschränkungen bei ständigem Wohnsitz und Arbeitserlaubnis in Ihrer Stadt/Region für Bewohner anderer russischer Regionen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/otnoshenie-k-migrantam>

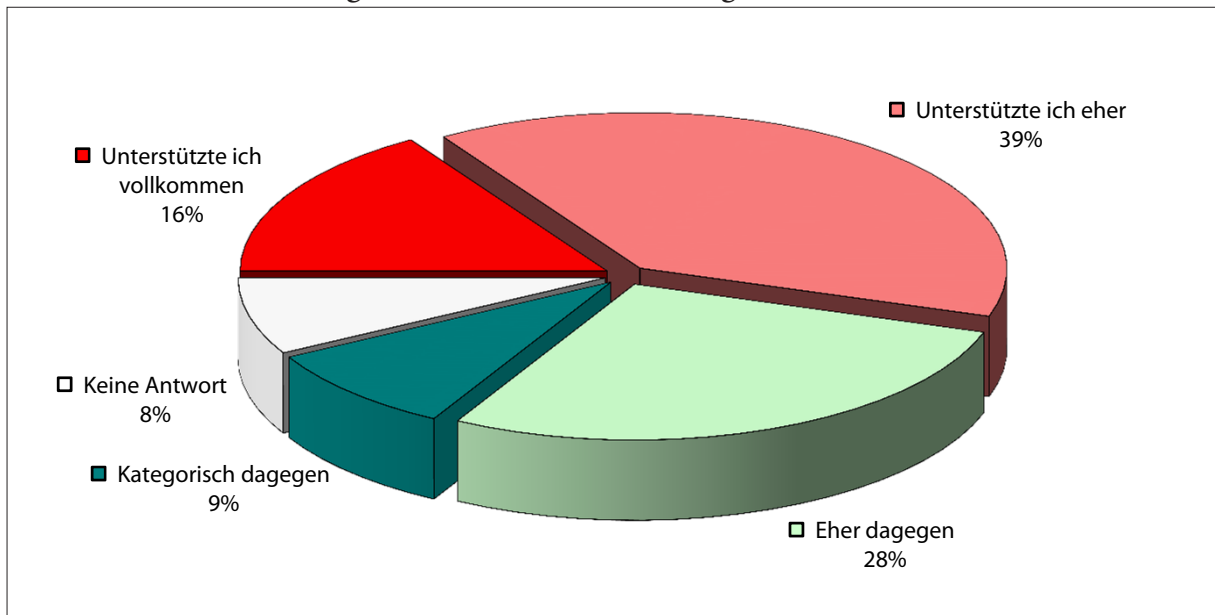
Grafik 11: Welche Eigenschaften sind am ehesten für Zuwanderern typisch?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/otnoshenie-k-migrantam>

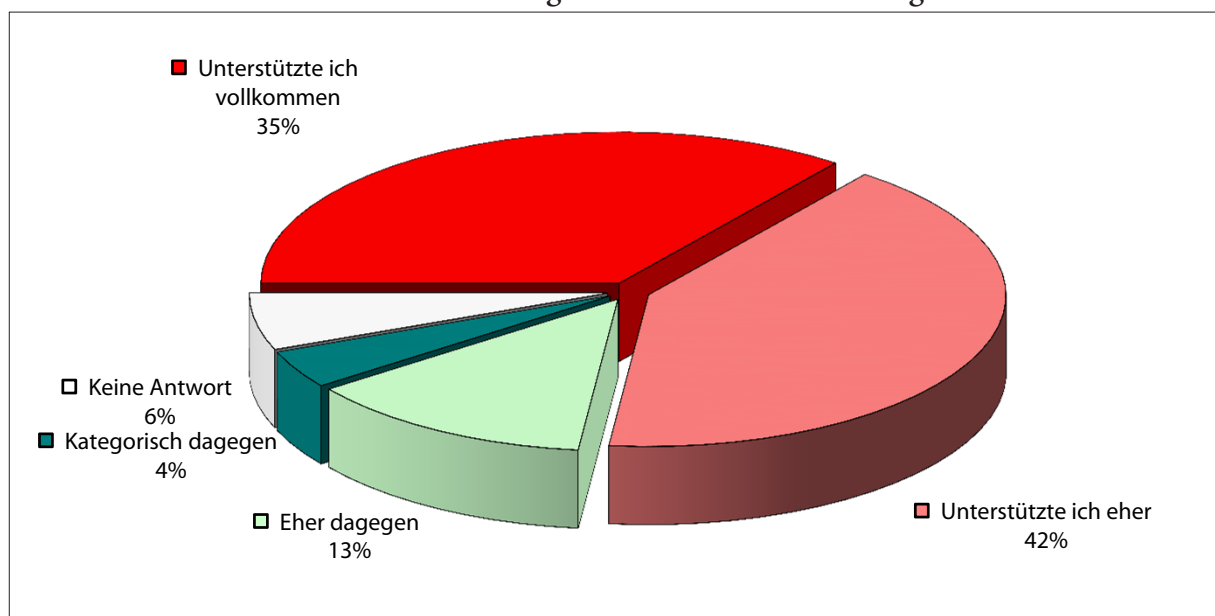
Religion und »nichttraditionelle sexuelle Orientierung«: Ansichten über die neuen konservativen Gesetze

Grafik 12: Wie stehen Sie zu den jüngsten Gesetzesänderungen, wonach die Beleidigung der Gefühle Gläubiger durch eine Freiheitsstrafe geahndet werden kann?



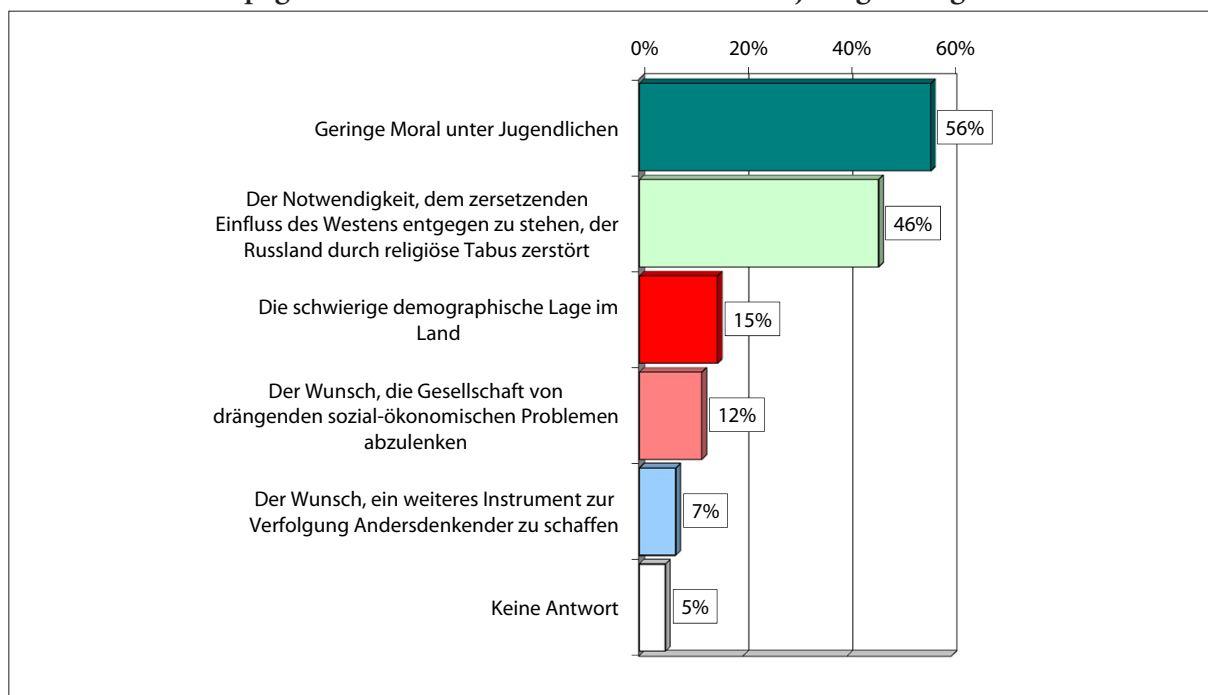
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/rossiyane-o-novykh-konservativnykh-zakonakh>

Grafik 13: Wie stehen Sie zu den jüngsten Gesetzesänderungen, wonach die Propaganda nicht traditioneller sexueller Orientierungen durch ernsthafte Strafen geahndet werden kann?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/rossiyane-o-novykh-konservativnykh-zakonakh>

Grafik 14: Wodurch wurde Ihrer Meinung nach die Verabschiedung des Gesetzes zum Verbot der Propaganda von Homosexualität unter Minderjährigen ausgelöst?

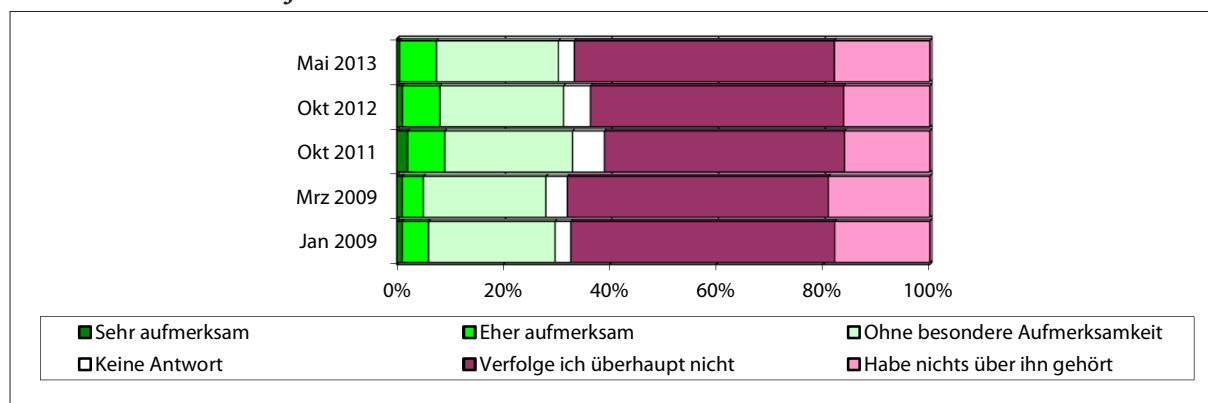


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 3. Juli 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/03-07-2013/rossiyane-o-novykh-konservativnykh-zakonakh>

Die öffentliche Meinung über Chodorkowskij

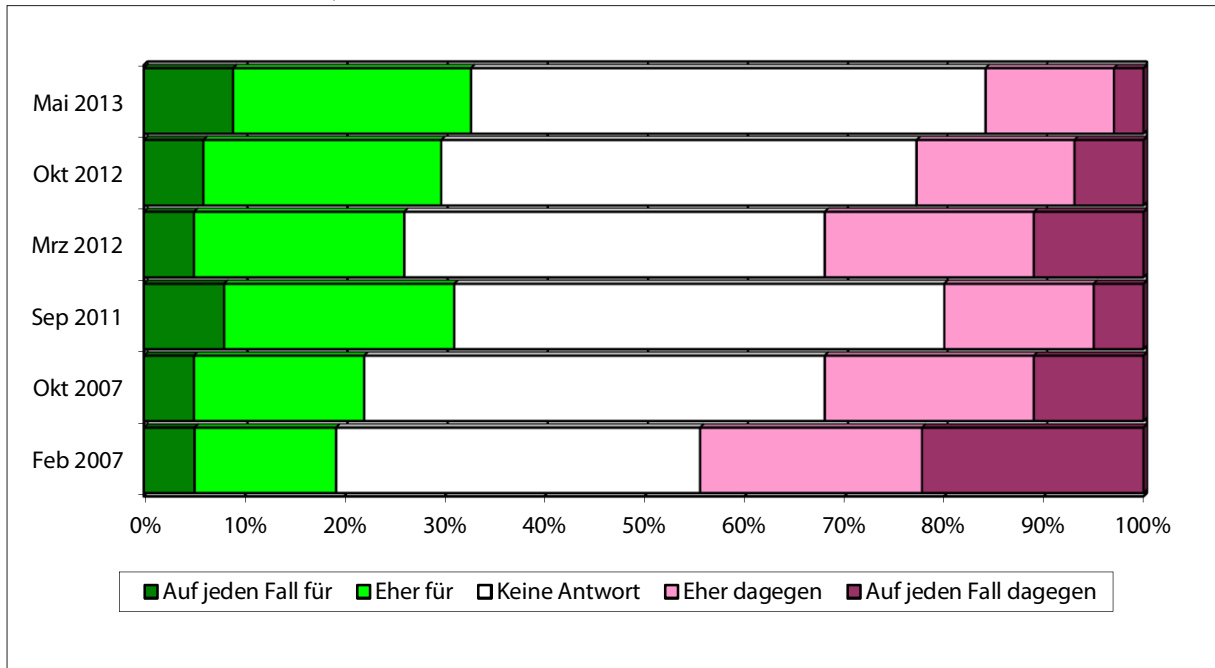
Derzeit droht in Russland anscheinend ein dritter Prozess gegen Michail Chodorkowskij. Die Ökonomen, die im Auftrag des damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew ein Gutachten zum zweiten Prozess erstellt hatten, das zu dem Schluss kam, dass die Anklage unbegründet gewesen sei, werden von den Strafverfolgungsbehörden unter Druck gesetzt. Einer von ihnen, Sergej Guriew, ist ins Ausland ausgewichen. Im Sender NTV werden angebliche Straftaten Chodorkowskij's aus den 1990er Jahren zum Thema von »Dokumentationen«. Dies alles deutet darauf hin, dass eine neue Kampagne gegen Chodorkowskij vorbereitet wird.

Grafik 15: Verfolgen Sie das Schicksal von Michail Chodorkowskij, ehemaliger Leiter des Ölkonzerns »Jukos«?



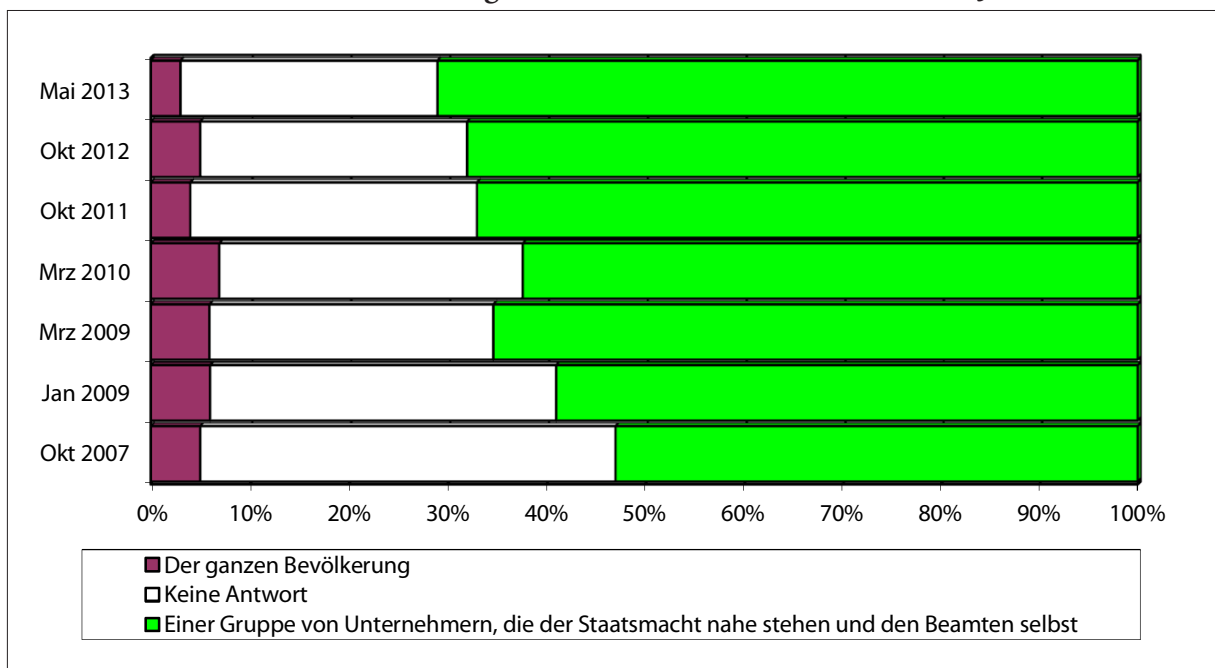
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 6.–10. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 15. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/25-06-2013/obshchestvennoe-mnenie-o-khodorkovskom>

Grafik 16: Wären Sie persönlich für oder gegen eine vorzeitige Haftentlassung von Chodorkowskij?



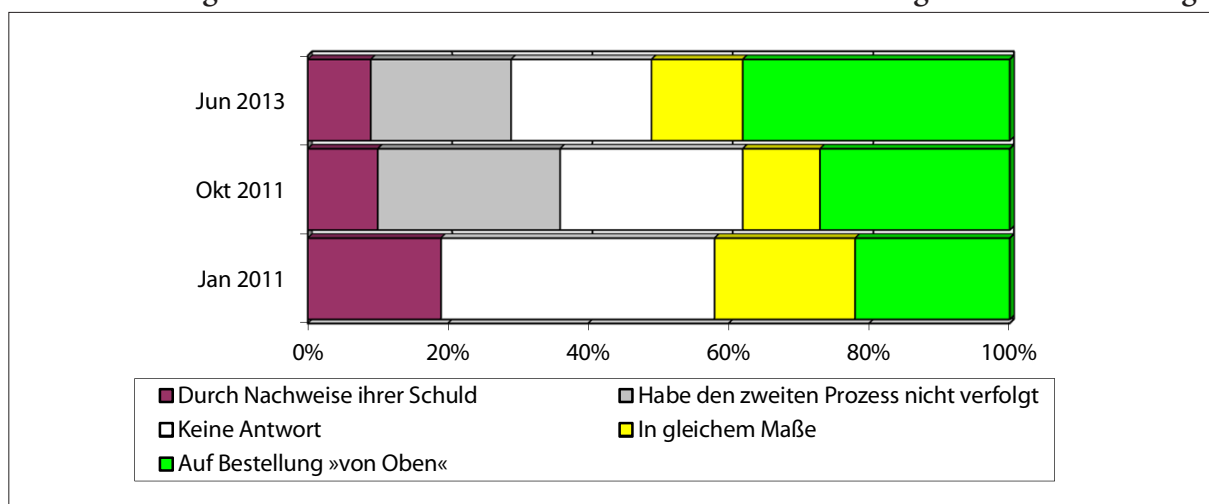
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 6.–10. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 15. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/25-06-2013/obshchestvennoe-mnenie-o-khodorkovskom>

Grafik 17: Wem nützte Ihrer Meinung nach der Bankrott und Verkauf von »Jukos«?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 6.–10. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 15. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/25-06-2013/obshchestvennoe-mnenie-o-khodorkovskom>

Grafik 18: Wurden die Urteile gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew Ihrer Meinung nach durch Nachweise ihrer Schuld oder auf Bestellung von »Oben« verhängt?

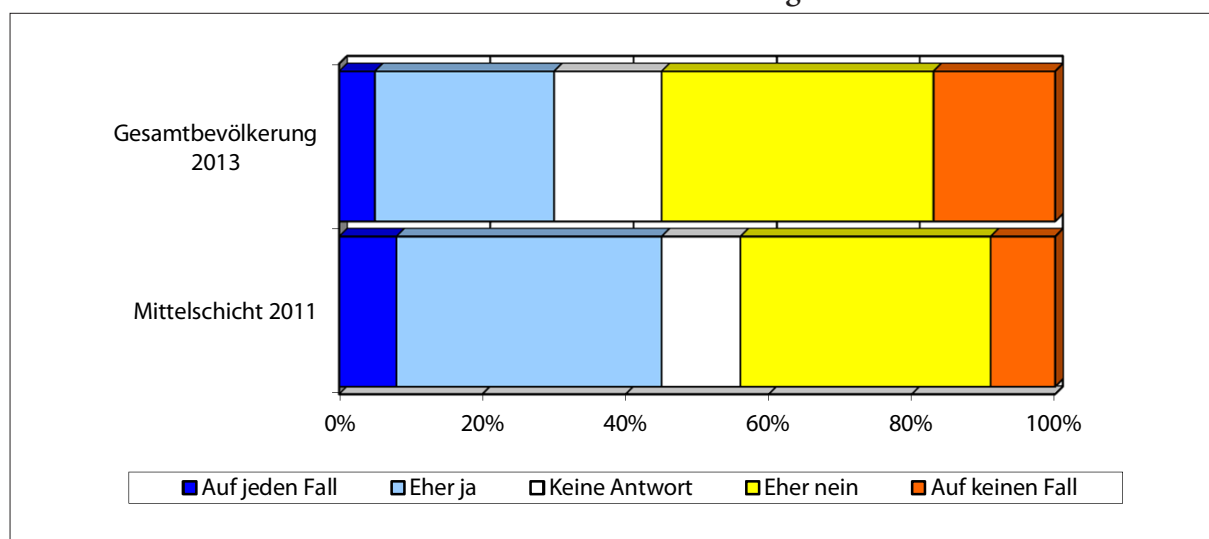


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 6.–10. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 15. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/25-06-2013/obshchestvennoe-mnenie-o-khodorkovskom>

Besonderheiten der Ansichten in der Mittelschicht: Gerichte, Wehrdienst und Leben im »Westen«

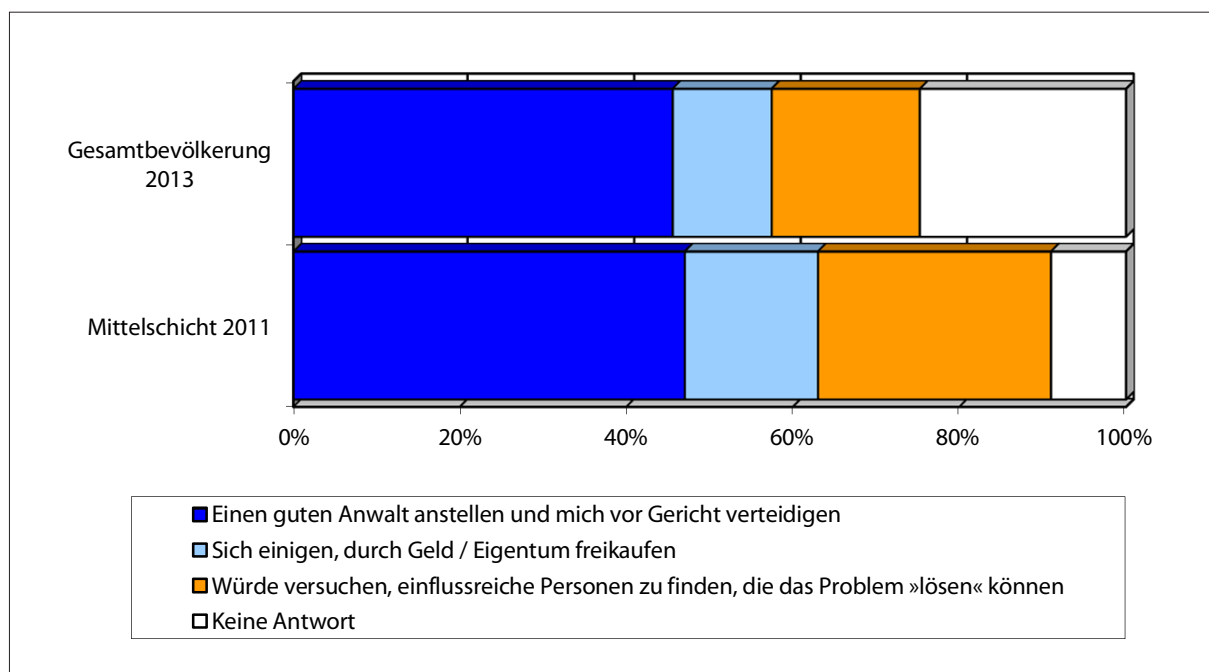
Anmerkung: Die Russland-Analysen geben diese Umfrage unter Vorbehalt wider. Die Gegenüberstellung von Mittelschicht 2011 und Gesamtbevölkerung 2013 ist methodisch unsauber, da die Verhältnisse in Politik und Gesellschaft sich in diesen beiden Jahren so deutlich verändert haben, dass ein direkter Vergleich nicht statthaft ist. Dennoch sind die Daten jeweils für sich genommen so interessant, dass wir sie den Lesern nicht vorenthalten wollen.

Grafik 19: Können Sie Ihrer Meinung nach im Falle einer Verletzung Ihrer Interessen und Rechte diese vor einem russischen Gericht verteidigen?



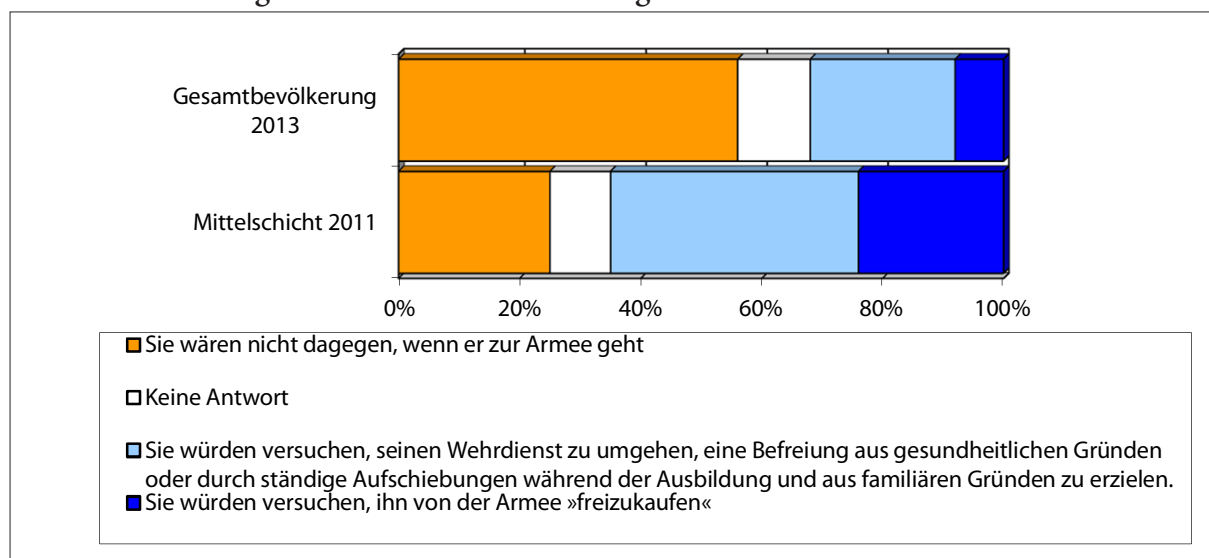
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von Mai 2011 und Mai 2013. Veröffentlicht am 14. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/14-06-2013/sud-armiya-i-emigratsiya-osobennosti-vzglyadov-srednego-klassa>. Im Jahr 2011 Befragung unter 1000 Vertretern der Mittelschicht (gebildete und materiell abgesicherte Großstadtbewohner bis 40 Jahre). Im Mai 2013 1600 Befragte aus der Gesamtbevölkerung.

Grafik 20: Stellen Sie sich vor, man würde Sie bedrohen, ein Gerichtsverfahren gegen Sie zu eröffnen um Ihnen ihr Unternehmen zu entwenden oder auf dieses Einfluss zu nehmen. Was würden Sie tun?



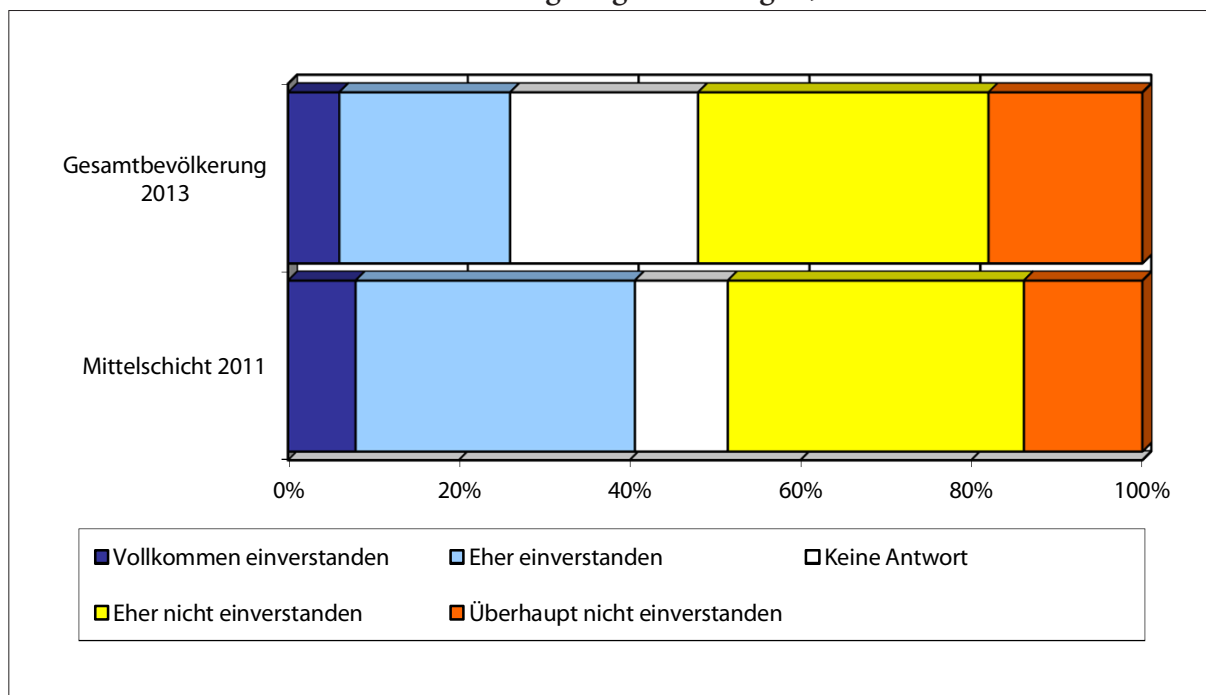
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von Mai 2011 und Mai 2013. Veröffentlicht am 14. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/14-06-2013/sud-armiya-i-emigratsiya-osobennosti-vzglyadov-srednego-klasa>. Im Jahr 2011 Befragung unter 1000 Vertretern der Mittelschicht (gebildete und materiell abgesicherte Großstadtbewohner bis 40 Jahre). Im Mai 2013 1600 Befragte aus der Gesamtbevölkerung.

Grafik 21: Angenommen, Sie haben einen Sohn in Ihrer Familie und dieser erreicht das Einberufungsalter. Was würden Sie vorzugsweise tun?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von Mai 2011 und Mai 2013. Veröffentlicht am 14. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/14-06-2013/sud-armiya-i-emigratsiya-osobennosti-vzglyadov-srednego-klasa>. Im Jahr 2011 Befragung unter 1000 Vertretern der Mittelschicht (gebildete und materiell abgesicherte Großstadtbewohner bis 40 Jahre). Im Mai 2013 1600 Befragte aus der Gesamtbevölkerung.

Grafik 22: Stimmen Sie damit überein, dass das Leben in Russland aktuell wesentlich perspektivreicher ist und es mehr Erfolgsmöglichkeiten gibt, als im Westen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von Mai 2011 und Mai 2013. Veröffentlicht am 14. Juni 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/14-06-2013/sud-armiya-i-emigratsiya-osobennosti-vzglyadov-srednego-klassa>. Im Jahr 2011 Befragung unter 1000 Vertretern der Mittelschicht (gebildete und materiell abgesicherte Großstadtbewohner bis 40 Jahre). Im Mai 2013 1600 Befragte aus der Gesamtbevölkerung.

NOTIZEN AUS MOSKAU

»Putin kaputt?!« – ein Buch von Mischa Gabowitsch

Jens Siegert, Moskau

Um es gleich vorweg zu sagen: Mischa Gabowitschs Buch »Putin kaputt?!« ist sehr gut. Es ist, trotz des irreführenden Titels (ich weiß: der Verlag!), eines der besten Bücher über die russische Gesellschaft, die ich in den vergangenen Jahren gelesen habe. Seine Stärke liegt dabei weniger in neuen, bahnbrechenden Erkenntnissen, als in einer gerafften, zeitnahen und atmosphärisch sehr dichten Schilderung und Analyse der Ereignisse der vergangenen 18 Monate.

Es ist ein Glück, dass der Autor auf langjährige eigene Forschungen und Erfahrungen zurückgreifen kann. In einer Mischung aus reportageartigen, journalistischen Elementen und wissenschaftlicher Analyse webt er ein dichtes, anschauliches, dabei aber ana-

lytische Tiefe nicht missendes Panorama des für alle unerwarteten kurzzeitigen Aufbrechens der politischen Szene in Russland seit dem Herbst 2011. Sowohl Leser mit vertieften Russlandkenntnissen als auch solche, deren Russlandwissen nicht über die alltägliche Zeitungslektüre hinausgeht, gewinnen so einen außergewöhnlich tiefen Eindruck von den Motivationen, Erfolgen aber auch Beschränkungen des Protests. Dabei stützt sich Mischa Gabowitsch auf eine breite Basis empirischen Materials, das er einerseits selbst zusammen getragen, andererseits aber, durchaus mit der notwendigen kritischen Distanz, aus der großen Fülle von Umfragen, Forschungen und Publikationen über Russland ausgewählt hat.

Zu den unbestreitbaren Stärken des Buchs gehört es auch, den oft auf Moskau zentrierten Blick weiter im großen Land umher schweifen zu lassen und die beeindruckende Vielfalt der russischen Wirklichkeit zumindest in Ansätzen einzufangen (Gabowitsch bekennt selbst, dass in einem einzigen Buch auch kaum mehr zu leisten wäre). Dabei beginnt er beim Allgemeinen (»Das System Putin«), geht dann zum Speziellen über (zum Protest als »Aufstand der Beobachter«, seiner Struktur und dem wichtigen Einzel-»Fall Pussy Riot«), um die Beobachtungen wieder im Allgemeinen, in überzeugenden Überlegungen zur Frage von »Gewaltfreiheit und Gewaltphantasien« in der russischen Gesellschaft und einer Analyse des »staatlichen Gewaltapparats« aufgehen zu lassen. Etwas unverbunden bleibt am Schluss ein Kapitel über »die transnationale Dimension«, die den Protest in Russland mit exil-russischer Solidarität in aller Welt zu verbinden sucht.

Es kann natürlich sein, dass das nun meine professionelle Deformierung als vorwiegend mit politischen Prozessen Beschäftigter ist, aber mir scheint sehr sichtbar, dass der Autor Soziologe ist. Mikrobeobachtungen gelingen ihm gut bis ausgezeichnet. Makroentwicklungen bleiben größtenteils außerhalb des Blickfelds. Das fängt mit der Beschreibung des »Systems Putin« und des im Winter 2011 plötzlich einsetzenden Protests an. Das ist alles richtig beschrieben und die einzelnen Fäden werden für die Leserin und den Leser so dicht zum Nachfühlen zu einem Bild verwoben, wie kaum an anderer Stelle. Auch merkt Gabowitsch richtig an, dass der Anlass des Protests, gefälschte Wahlen, so überraschend nicht ist. Hatten doch Wahlen zuvor, z. B. in Georgien, der Ukraine oder in Ägypten, sogar noch größere Sprengkraft. Allerdings lässt er unerklärt, warum der Protest in Russland ausgerechnet im Dezember 2011 so heftig aufflammte, nachdem vier Jahre zuvor, Ende 2007, in ganz ähnlicher Weise und in vergleichbarem Umfang gefälschte Parlamentswahlen kaum mehr als die üblichen Erklärungen von Menschenrechtsorganisationen und versprengter Opposition hervorgerufen hatten.

Auch die Erschütterung, die im September 2011 die Ankündigung von Putins Wiederkehr in den Kreml bei einem nicht unerheblichen Teil der intellektuellen Elite ausgelöst hat, bleibt seltsamerweise unerwähnt. Gabowitsch führt zwar mehrfach an, Putins erneute Präsidentschaftskandidatur habe eine Diskussion darüber ausgelöst, ob er das legitimerweise überhaupt ein drittes Mal, nach den Amtszeiten von 2000 bis 2004 und von 2004 bis 2008, dürfe. Aber nicht diese Diskussion, so es sie außerhalb des Internets überhaupt gegeben hat (ich habe 2011 im Gegensatz zu 2007 nichts davon bemerkt), machte die Rückkehrankündigung zum wahrscheinlich wichtigsten Anstoß für viele, meist junge, meist bisher

der Politik ferne Menschen, sich als Wahlbeobachter zu engagieren. Es war vielmehr die selbstherrliche, ja fast selbstherrscherliche Art, in der das geschah, zusammen mit der Aussicht auf zwei mal sechs Jahre (zwei präsidentiale Amtsperioden) wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Stagnation. Unbeachtet bleibt bei Gabowitsch auch die Rolle der seit 2008 herrschenden Wirtschaftskrise. Sie führte zu der von Präsident Medwedjew angestoßenen Debatte über eine notwendige Modernisierung des Landes, die aber folgenlos blieb und so zu einer großen Enttäuschung vieler gut gebildeter, eher liberal eingestellter und westlichen Lebensweisen zugeneigter Stadtbewohner wurde. Gerade diese Menschen wurden im Winter 2011 zu den Hauptträgern der Proteste.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, wirkt »Putin kaputt?!« ein wenig unhistorisch. Das setzt sich bei der Beschreibung der Rolle von Nichtregierungsorganisationen fort. Sie kommen in der Erzählung von Mischa Gabowitsch als strukturierender Faktor kaum vor. Auf den ersten Blick scheint das auch richtig zu sein. Als Organisationen haben sie bei den Protesten tatsächlich kaum eine Rolle gespielt. In Wirklichkeit aber bildeten sie mit ihrem Wissen, ihrer in langen Jahren gegen und wegen staatlicher Pressionen angeeigneten Organisationskompetenz und, nicht zuletzt, ihrer Infrastruktur eine wichtige Grundlage für den Protest, nicht nur in Moskau und St. Petersburg, sondern auch in vielen anderen russischen Regionen. Zudem haben in erster Linie die NGOs in den vergangenen 20 Jahren vom Staat unabhängiges soziales und politisches Handeln als legitim etabliert.

Wenn Gabowitsch daher behauptet, die NGOs und die von ihnen getragenen sozialen Bewegungen befänden sich »im steten Wandel von Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung«, verliert er diese Entwicklung aus dem Blick. Das ist eine angesichts des mitunter fluiden Charakters zivilgesellschaftlicher Organisationsstrukturen in Russland (und nicht nur da) durchaus verbreitete Fehleinschätzung. Sie ignoriert einerseits die oft große personale Kontinuität der NGO-Szene, sowie ihre erstaunliche Fähigkeit zur interpersonalen Weitergabe von Erfahrungen. Andererseits verkennt sie den zwar langsamen, aber stetigen infrastrukturellen Ausbau zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge im heutigen Russland.

Nur als ein Beispiel von vielen soll hier Memorial dienen, in dessen Räumen in Moskau vor den Duma-Wahlen am 4. Dezember 2011 ein erheblicher Teil der späteren Wahlbeobachter in der russischen Hauptstadt aus- und fortgebildet wurde. Nicht zu vergessen ist auch, dass viele NGO-Aktivist:innen als Einzelpersonen bei den Protesten eine herausragende Rolle spielten (erneut muss

der Blick weit über Moskau hinaus gehen). Bei Memorial fanden nach den Wahlen Pressekonferenzen der Wahlbeobachter statt, ebenso Diskussionsveranstaltungen, die die Proteste begleiteten. Nicht umsonst sind die NGOs mit dem sogenannten »NGO-Agentengesetz« eines der Hauptziele der Putinschen Restauration.

Mit dem kleinen Memorial-Beispiel komme ich zu einem besonders gelungenen Teil des Buchs, aus meiner Sicht dem vielleicht wichtigsten. Es geht dort um den öffentlichen Raum in Russland. Besser gesagt geht es um seine Abwesenheit oder, noch genauer, darum, wie unterentwickelt er ist. »Wem gehört die Stadt?« fragt eine Zwischenüberschrift. In der Sowjetunion ausschließlich der Staatsmacht, lautet die richtige Antwort. Jeder Protest war daher auch Raum-Aneignung. Der Raum, in erste Linie der städtische, musste durch die Bürger erst öffentlich gemacht werden. Das geschah in der Perestroika. Für wenige Jahre gehörte die Stadt den Menschen. Gabowitsch schildert sehr gut, wie verhältnismäßig wenig die Menschen damit anfangen konnten. Unter Putin schlug die Staatsmacht dann zurück und drängte die Menschen durch eine zunehmend restriktive Versammlungsgesetzgebung, vor allem aber -praxis in ihren privaten Raum zurück.

Aber auch hier führte die Entwicklung, obwohl, wie Gabowitsch in einem eigenen Kapitel zutreffend beschreibt, die (orthodoxe) Kirche ganz anders als in anderen ehemals sozialistischen Ländern wie Polen oder der DDR keine Hilfe war, ähnlich wie bei den NGOs, nicht ganz zurück bis in die Sowjetunion. Gabowitsch beschreibt die erneute Beschränkung und Einschränkung des öffentlichen Raums unter Putin sehr anschaulich. Allerdings gerät ihm auch hier die Gegenbewegung aus dem Blick: Nicht nur, aber doch wohl auch, weil Plätze und Straßen als politischer Raum seit 2000 vom Staat wieder monopolisiert wurden, entwickelten sich seither überall öffentliche, wie man auf Russisch sagt, »ploschtschadki« oder »Plattformen« in Cafés, Clubs, manchmal akademischen Einrichtungen oder eben den (eigenen oder gemieteten) Räumen von NGOs. Auch darauf konnten die Proteste zurück- und darüber hinausgreifen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen hätte auch die von Gabowitsch gestellte Frage besser diskutiert (und vielleicht sogar beantwortet) werden können, ob es denn eine Perspektive gebe, in der die »Erweiterung von Protesten zur Einforderung von Rechten« führe. Denn es sind gerade die NGOs, die das seit vielen Jahren, meist ohne große gesellschaftliche Unterstützung, tun. Man könnte

die Frage aber auch umgekehrt stellen: War nicht die stetige Einforderung von Rechten durch NGOs und andere die Grundlage für einen Protest, der sich an der unverschämten und öffentlichen Missachtung eines der vornehmsten dieser Rechte, des Wahlrechts, entzündet hat? Fragte man so, wäre jene Versuchung auch nicht so groß, der vor Gabowitsch schon viele andere erlegen sind, nämlich die Proteste des vergangenen Jahres als »Bewegung« zu interpretieren (ohne deren sozialökonomische Grundlagen näher zu benennen) und sie, so schnell und unerwartet wie sie aufgetaucht war, auch schon wieder als »gescheitert« zu erklären. Wäre ich Marxist oder auch nur Hegelianer, würde ich sagen, ein wenig mehr Dialektik hätte nicht geschadet.

Ein wichtiger Aspekt soll noch kurz erwähnt werden. Die jüngsten Proteste sind ganz überwiegend gewaltlos erfolgt. Oft wurde der friedliche Charakter von den Protestierenden besonders hervorgehoben. Gewalt ging, wenn überhaupt, dann vom Staat aus. Die Gewaltlosigkeit kontrastiert ganz offensichtlich mit dem großen offenen und latenten Gewaltpotential in der russischen Gesellschaft. Mischa Gabowitsch beschreibt dieses Spannungsfeld überzeugend und zeigt, warum trotzdem in Russland auch künftig kaum mit Aufständen à la Syrien zu rechnen ist.

Und auf eine wichtige Leerstelle muss ich noch hinweisen. Der rechte, nationalistische Teil der Opposition bleibt fast völlig ausgeblendet. Es ist zwar richtig, dass er zahlenmäßig beim vorjährigen Protest keine größere Rolle spielte. Aber Umfragen zeigen, dass mit einer entsprechenden Führungsfigur und dem »richtigen« Anlass hier durchaus Grund zur Sorge besteht.

In seiner abschließenden »Zwischenbilanz« stellt Gabowitsch dann noch einmal die Frage, ob »die Protestbewegung langfristig zum Entstehen einer Sphäre beitragen [wird], in der persönliche Verbindungen weniger zählen als allgemeingültige Rechtsnormen?« Und er antwortet: »In einem solchen Wandel liegt das große Versprechen von Russlands neuer Protestkultur. Den Erfolg der Bewegung hingegen danach zu beurteilen, ob es ihr gelingt, Putin zu stürzen, wäre kurzsichtig.« Da hat er (die »Bewegung« verzeihen wir ihm hier) Recht!

Gabowitsch, Mischa: Putin kaputt!?. Russlands neue Protestkultur, Berlin: Suhrkamp Verlag 2013 (= edition suhrkamp 2661), 438 S.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

CHRONIK

Vom 29. Juni bis zum 11. Juli 2013

| | |
|--------------------|--|
| 29.06.2013 | Bei der Verfolgung von Untergrundkämpfern im Rayon Schatnoj (Republik Tschetschenien) werden zwei Soldaten getötet und siebzehn weitere verwundet. Bei einer Anti-Terror-Operation in den Rayons Urwan und Tscherek (Republik Kabardino-Balkarien) wird ein Untergrundkämpfer getötet, vier weitere werden festgenommen. |
| 29.06.2013 | Bei einer nicht genehmigten Demonstration für die Rechte sexueller Minderheiten in St. Petersburg werden 58 Teilnehmer und Gegendemonstranten festgenommen. |
| 01.07.2013 | Jurij Solonin, Senator für die Region Chabarowsk im Föderationsrat und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Bildung und Kultur, kündigt seinen Rückzug aus dem Oberhaus an. Auch Larisa Ponomarjowa, Vertreterin des Autonomen Bezirks der Tschuktschen, teilt mit, dass sie den Föderationsrat verlassen will. |
| 1.–2.7.2013 | Wladimir Putin eröffnet das 2. Forum der gasexportierenden Länder in Moskau. Im Zentrum stehen die Entwicklungsperspektiven des Gasmarktes sowie mögliche Schritte zum Schutz der Interessen gasexportierender Länder. Präsident Putin trifft sich am Rande zu Konsultationen mit den iranischen Präsidenten Machmud Achmedinadschad und dem venezuelanischen Präsidenten Nicolas Maduro. |
| 02.07.2013 | Dmitrij Peskow, Pressesprecher von Präsident Putin, erklärt, dass Edward Snowden kein politisches Asyl in Russland beantragen wird. Putin hatte zur Bedingung gemacht, dass Snowden seine Tätigkeit zum Schaden der USA einstellen solle. Russland wird ihn jedoch nicht an die USA ausliefern, da in dieser die Todesstrafe angewandt wird. |
| 02.07.2013 | Beim Absturz eines Hubschraubers des Typs Mi-8 in Jakutien (Republik Sacha) kommen 24 Personen ums Leben. Vier Insassen überleben das Unglück. |
| 02.07.2013 | Mehrere Hundert Mitarbeiter der russischen Akademie der Wissenschaften demonstrieren in St. Petersburg und Moskau gegen Pläne der Regierung zur Reform der Akademie. |
| 02.07.2013 | Die Trägerrakete »Proton-M« mit drei »Glonass-M« Satelliten an Bord stürzt wegen Triebwerksausfall unmittelbar nach dem Start in Baikonur (Kasachstan) ab. |
| 02.07.2013 | Die Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Amnestiegesetz. Es betrifft Straftäter, die aufgrund von 27 Artikeln der Strafprozessordnung, darunter Betrug im Bereich unternehmerischer Tätigkeit und Steuerhinterziehung, angeklagt oder verurteilt wurden. Die Amnestie könnte bis zu 3.000 Personen betreffen. |
| 03.07.2013 | Jewgenij Uralaschow, Bürgermeister von Jaroslawl und Mitglied der »Bürgerplattform« von Michail Prochorow, wird wegen Erpressung und Korruption festgenommen. Gegen ihn und drei seiner Mitarbeiter wird ein Strafverfahren eröffnet. |
| 03.07.2013 | Die russische Staatsduma verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz zur Reform der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN). Dieses sieht vor, die RAN und die Akademien für Landwirtschaft und Medizin in eine »gesellschaftlich-staatliche« Organisation umzuwandeln und das Eigentum der Akademien durch eine »Agentur für wissenschaftliche Institute der RAN« zu verwalten. Die KPRF verlässt aus Protest die Staatsduma. Präsident Putin erörtert das Gesetz mit dem Präsidenten der RAN, Wladimir Fortow. |
| 04.07.2013 | Präsident Wladimir Putin nimmt den Rücktrittsgesuch des Oberhauptes der Republik Inguschetien, Junus-Bek Jewkurow, an und beauftragt ihn, kommissarisch die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines Republikoberhauptes zu übernehmen. Jewkurow wird bei den Wahlen wieder antreten. |
| 04.07.2013 | Wladimir Putin empfängt den Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin, den Vorsitzenden des Rates zur Entwicklung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten, Michail Fedotow, sowie die Vorsitzende der Bewegung »Bürgerwürde« Ella Pamfilowa, um über die Zusammenarbeit des Staates mit der Zivilgesellschaft zu sprechen. Putin erklärt, dass der Staat die Ausgaben für NGOs auf drei Milliarden Rubel (ca. 70 Mio. €) verdreifacht hat und willigt ein, dass die Gelder über Ausschreibungen der NGO »Bürgerwürde« verteilt werden. Putin spricht sich gegen eine steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an NGOs aus, eher sollte die staatliche Finanzierung erhöht werden. |
| 05.07.2013 | Im Verfahren gegen Aleksej Nawalnyj fordert der Staatsanwalt eine Haftstrafe von sechs Jahren. Die Verteidigung fordert Freispruch. Das Urteil wird am 18. Juli erwartet. Derweil lehnt das Justizministerium die Registrierung von Nawalnyjs Partei »Volksallianz« endgültig ab. |
| 05.07.2013 | In einem neuen Verfahren über den Unfall, an dem der Dienstwagen von Anatolij Barkow, eines hochrangigen Managers bei Lukoil, beteiligt war, wird die Fahrerin eines Kleinwagens für schuldig gesprochen, die bei dem Unfall getötet wurde. Der Unfall hatte im Februar 2010 öffentliche Proteste ausgelöst. |
| 05.07.2013 | Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter Lesung das Gesetz zur Reform der Russischen Akademie der Wissenschaften. Die dritte Lesung des Gesetzes soll im Herbst stattfinden. |
| 06.07.2013 | Auf dem Roten Platz werden fünf Aktivisten festgenommen, die die Freilassung der Inhaftierten im Verfahren zu den Ereignissen auf dem Bolotnaja-Platz im Mai 2012 fordern. |
| 06.– 07.07.2013 | In Bujnaksch (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet. Die Kämpfer hatten zuvor eine Polizeistreife angegriffen. |

| | |
|--------------------|---|
| 06.– 07.07.2013 | In Kasan eröffnet Präsident Wladimir Putin die 27. Sommer-Universiade. An der Universiade, die bis zum 17. Juli andauert, nehmen ca. 13.000 Sportler aus 175 Ländern teil, die um 351 Medaillen kämpfen. |
| 07.07.2013 | Staatsbesuch Präsident Wladimir Putins in Kasachstan. Bei den Gesprächen mit seinem kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew stehen die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und die eurasischen Integrationsbestrebungen im Mittelpunkt. |
| 07.07.2013 | Bei Razzien zur Einhaltung der Migrationsgesetze in Moskau wurden in den vergangenen drei Tagen 2.500 Personen festgenommen, von denen 80 des Landes verwiesen werden. |
| 07.07.2013 | Im Gebiet Krasnodar entgleisen fünf Wagon des Personenzugs von Nowosibirsk nach Adler. Mehr als 100 Personen werden verletzt. |
| 08.07.2013 | Einwohner des Stadt Pugatschow (Gebiet Saratow) blockieren die föderale Straße Samara–Wolgograd und fordern die Ausweisung von ethnischen Tschetschenen aus der Region. Anlass ist der Tod eines jungen Mannes, der am 6. Juli von einem 16jährigen Tschetschenen im Streit erstochen wurde. |
| 08.07.2013 | Im Rahmen eines Wettbewerbes werden 15 russische Universitäten ermittelt, die Sondersubventionen in Höhe von insgesamt 9 Mrd. Rubel (ca. 212 Mio. €) erhalten. Dies sieht insbesondere Maßnahmen zur Internationalisierung der Universitäten vor. |
| 09.07.2013 | Kulturminister Wladimir Medinskij entlässt den Leiter des Bolschoj-Theaters Anatolij Iksanow. Sein Nachfolger wird der bisherige Direktor des Musiktheaters Stanislawskij und Nemirowitsch-Dantschenko, Wladimir Urin. Iksanow wird Berater im Kulturministerium. Urins Nachfolge wiederum tritt dessen Stellvertreter, der Dirigent Ara Karapetjan an. |
| 09.07.2013 | In einem Vorort von Machatschkala (Dagestan) wird der Journalist und erste stellvertretende Chefredakteur der Tageszeitung »Neue Tat« Achmednabi Achmednabijew von Unbekannten erschossen. |
| 09.07.2013 | Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt die Stiftung zur Unterstützung der Demokratie »Golos« wegen Nichtaushändigung von Dokumenten an die Staatsanwaltschaft zu einer Geldstrafe in Höhe von 70.000 Rubel (ca. 1.600 €). |
| 10.07.2013 | Die russische Regierung verabschiedet das Föderale Zielprogramm »Nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete von 2014 – 2017 und für die Zeit bis 2020«. Das Programm, das mit 300 Mrd. Rubel (ca. 7 Mrd. €) finanziert ist, sieht eine Verbesserung der Wohnbedingungen und die Anwerbung junger Fachkräfte für den ländlichen Raum vor. |
| 10.07.2013 | Der Blogger und Oppositionsaktivist Aleksej Nawalnyj stellt auf dem Internetportal »Russische gesellschaftliche Initiativen« eine Petition ein, die fordert, die Kosten für Dienstfahrzeuge von Staatsbeamten auf maximal 1,5 Mio. Rubel (ca. 35.000 €) zu begrenzen. Sie erhält in kurzer Zeit mehr als 100.000 Unterstützer. |
| 10.07.2013 | Die Moskauer Stadtduma verabschiedet Änderungen im Wahlgesetzbuch der Stadt Moskau, wonach Wahlscheine, die zur Wahl in anderen Wahlbezirk berechtigen, bei Regionalwahlen abgeschafft werden. Die Wahlscheine waren bei den Dumawahlen 2011 auch zu Wahlfälschungen genutzt wurden. |
| 11.07.2013 | Ein Moskauer Bezirksgericht spricht den verstorbenen Steuerprüfer des Investmentfonds »Hermitage Capital«, Sergej Magnitskij, und dessen ehemaligen Chef William Browder, der Steuerhinterziehung für schuldig. Gegen Magnitskij ergeht kein Urteil, da er 2009 gestorben ist, Browder wird in Abwesenheit zu neun Jahren Haft verurteilt. Magnitskij starb im November 2009 in Untersuchungshaft. Die Verantwortlichen wurden nicht belangt. Browder unterstellt, dass die Justizbehörden Magnitskij verfolgten, weil dieser Unterschlagung und Steuerbetrug durch Angehörige der Justiz- und Steuerbehörden aufgedeckt hatte. |

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de